

47. Sitzung

Dienstag, den 19. März 2013

Mainz, Deutschhaus

**Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2012/2013
(Nachtragshaushaltsgesetz 2013)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/2068 –

Zweite Beratung

dazu: Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 16/2118 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 16/2119 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/2129 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/2147 –

Zukunft des Flughafens Hahn

Antrag der Fraktion der CDU – Entschließung –

– Drucksache 16/2130 –

Weichen für Rheinland-Pfalz stellen

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Entschließung –

– Drucksache 16/2142 – 2834

Herr Abg. Bracht gibt in einer persönlichen Bemerkung gemäß § 34 GOLT bekannt, dass er sich als Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH nicht an den Abstimmungen zum Nachtragshaushaltsgesetz 2013 beteilige..... 2865

Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2129 –:

Einzelabstimmung

Das Deckblatt zu Kapitel 03 75 Titel 161 01 neu (Zinseinnahmen aus Gesellschafterdarlehen) wird mit Mehrheit abgelehnt. 2866

Das Deckblatt zu Kapitel 03 75 Titel 549 01 (Globale Minderausgaben) wird mit Mehrheit abgelehnt. 2866

Das Deckblatt zu Kapitel 03 75 Titel 861 03 neu (Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der FFHG, insbesondere durch die Gewährung von Gesellschafterdarlehen) wird mit Mehrheit abgelehnt.	2866
Das Deckblatt zu Kapitel 07 02 Titel 549 01 neu (Globale Minderausgaben) wird mit Mehrheit abgelehnt.	2866
Das Deckblatt zu Kapitel 20 04 Titel 549 01 neu (Globale Minderausgaben) wird mit Mehrheit abgelehnt.	2866
Das Deckblatt zu Kapitel 20 04 Titel 831 01 (Erwerb und Erhöhung von Beteiligungen) wird mit Mehrheit abgelehnt.	2866
Das Deckblatt zu Kapitel 20 04 Titel 861 03 neu (Überführung von Liquiditätspoolkonten in den Landeshaushalt) wird mit Mehrheit abgelehnt.	2866
Der Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2129 – im Übrigen wird mit Mehrheit abgelehnt.	2866
Der Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2147 – wird mit Mehrheit angenommen.	2866
Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2068 – ZWEITE BERATUNG	
Der Einzelplan 03 wird mit Mehrheit angenommen.	2866
Der Einzelplan 07 wird mit Mehrheit angenommen.	2866
Der Einzelplan 09 wird mit Mehrheit angenommen.	2866
Der Einzelplan 20 wird mit Mehrheit angenommen.	2866
Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 16/2068 - wird unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags - Drucksache 16/2147 - in zweiter Beratung und in der Schlussabstimmung jeweils mit Mehrheit angenommen.	2867
Dem Minister der Finanzen wird einstimmig folgende Redaktionsvollmacht erteilt:	
„Der Minister der Finanzen wird ermächtigt, in dem Entwurf des Nachtragshaushalts für das Haushaltsjahr 2013 rein haushaltssystematische, haushaltstechnische, drucktechnische und redaktionelle Korrekturen vorzunehmen, die keine Auswirkungen auf die Haushaltsansätze haben.“	2867
Der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2130 – wird mit Mehrheit abgelehnt.	2867
Der Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2142 – wird mit Mehrheit angenommen.	2867

Am Regierungstisch:

Ministerpräsidentin Malu Dreyer; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Frau Irene Alt, Frau Margit Conrad, Jochen Hartloff, Frau Ulrike Höfken, Dr. Carsten Kühl, Roger Lewentz, Alexander Schweitzer; Staatssekretärin Jacqueline Kraege, Staatssekretär Hüser.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Martin Brandl, Friederike Ebli, Marcus Klein, Elfriede Meurer, Herbert Schneiders; die Staatsministerin Eveline Lemke.

Rednerverzeichnis:

Abg. Baldauf, CDU:	2851
Abg. Bracht, CDU:	2865
Abg. Frau Klöckner, CDU:	2836, 2846, 2855
Abg. Hering, SPD:	2841, 2845, 2847
Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2847, 2852
Abg. Licht, CDU:	2844
Abg. Puchtler, SPD:	2834
Abg. Schreiner, CDU:	2856, 2864, 2865
Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:	2861
Abg. Wansch, SPD:	2859
Dr. Kühl, Minister der Finanzen:	2862
Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:	2853
Präsident Mertes:	2834, 2836, 2841, 2864, 2865
Vizepräsident Schnabel:	2855, 2856, 2859, 2861, 2862
Vizepräsidentin Frau Klamm:	2844, 2845, 2846, 2847, 2851, 2852, 2853

**47. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 19. März 2013**

Die Sitzung wird um 11:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertens:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 47. Plenarsitzung des Landtags und darf Sie alle herzlich begrüßen. Die Kollegen Frau Demuth und Herr Winter berufe ich zu schrifführenden Abgeordneten.

Entschuldigt sind Herr Brandl, Frau Ebli, Herr Klein, Frau Meurer, Herr Schneiders sowie Frau Staatsministerin Lemke.

Am heutigen Tag der Sondersitzung wird Herr Staatsminister Roger Lewentz 50 Jahre alt.

(Beifall im Hause)

Bis man die 50 Jahre erreicht, muss man viel arbeiten und tun. Lieber Roger, was jetzt noch kommt, ist sozusagen nur noch Dessert. Das sagt jemand, der dieses Jahrzehnt schon hinter sich hat.

Wie immer grüßt der Landtag mit einem kleinen Weinpräsident. Es steht hier, damit es nicht merkwürdig aussieht, wenn es auf dem Kabinettstisch steht.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Landesgesetz zur Änderung des Landeshaushaltsgesetzes 2012/2013 (Nachtragshaushaltsgesetz 2013)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 16/2068 –

Zweite Beratung

dazu:

Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 16/2118 –

Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses

– Drucksache 16/2119 –

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 16/2129 –

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– Drucksache 16/2147 –

Zukunft des Flughafens Hahn

Antrag der Fraktion der CDU – EntschlieÙung –

– Drucksache 16/2130 –

Weichen für Rheinland-Pfalz stellen

Antrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – EntschlieÙung –

– Drucksache 16/2142 –

Gibt es Wünsche zur Tagesordnung? – Das ist nicht der Fall, dann verfahren wir so, wie wir es vereinbart haben.

Ich begrüÙe Gäste, und zwar Mitglieder des Betriebsrates der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Zur Behandlung des Nachtragshaushaltes haben wir folgende Verfahrensweise vereinbart: Zuerst wird Herr Puchtler die Berichterstattung abgeben. Anschließend haben die Fraktionen eine Redezeit von 30 Minuten. Nach der Geschäftsordnung hat die CDU einen entsprechenden Zuschlag.

Danach folgt die Abstimmung. Die Parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer haben die gleichen Abstimmungsgrundlagen wie ich, sodass ich den Rat gebe, sich dies anzuschauen. Wenn Sie Fragen haben, wenden Sie sich an den Parlamentarischen Geschäftsführer oder an die Parlamentarische Geschäftsführerin. Dann können Sie nichts falsch machen.

Ich erteile Herrn Puchtler das Wort.

Abg. Puchtler, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen vor der abschließenden Beratung des Nachtragshaushaltes 2013. Ihnen liegt die Drucksache 16/2118 mit der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses vor.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2013 am 26. Februar 2013 eingebracht. Die Fraktionen verständigten sich noch am gleichen Tag im Ältestenrat auf eine zügige parlamentarische Beratung. Hierfür darf ich mich als Vorsitzender des Haushalts- und Finanzausschusses ausdrücklich bei allen Fraktionen des Landtages bedanken.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln bei der CDU)

Die erste Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2013 fand in der 44. Plenarsitzung am 6. März 2013 statt. Das Plenum überwies den Regierungsentwurf an den Haushalts- und Finanzausschuss. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat den Entwurf in einer außerplanmäßig terminierten Sitzung am 8. März 2013 beraten. An der Sitzung nahmen auch die Mitglieder des Innenausschusses, des Ausschusses für Integration, Familie, Kinder und Jugend, des Ausschusses für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur sowie des Wirtschaftsausschusses teil.

Herzlichen Dank an alle Kolleginnen und Kollegen für die konstruktive Zusammenarbeit von fünf Ausschüssen! Das war mehr als die Hälfte des Parlaments. Das ist effektives parlamentarisches Arbeiten. Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem von der Landesregierung eingebrachten Nachtragshaushalt werden mehrere Themenfelder behandelt.

Es werden die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass der Flughafen Frankfurt-Hahn – ein zentrales Konversionsprojekt des Landes – kurzfristig Liquidität zur Verfügung gestellt bekommt. Zugleich wird eine Perspektive für eine solide Neuausrichtung geschaffen.

Weiterhin wird das bisherige Liquiditätsmanagement für die Flughäfen Frankfurt-Hahn und Zweibrücken durch den Nachtragshaushalt aus dem Liquiditätspool in den Haushaltsplan überführt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Nachtragshaushalts ist der Ausbau der Kindertagesstätten für die unter Dreijährigen. Als erstes westdeutsches Flächenland hat Rheinland-Pfalz eine Versorgungsquote von 35 % bei den unter Dreijährigen erreicht. Für den erforderlichen weiteren Ausbau werden durch den Nachtragshaushalt zusätzliche Investitionsmittel zur Verfügung gestellt. Dies stellt auch einen Beitrag zur Unterstützung der Kommunen dar, den ab 1. August 2013 geltenden bundesgesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für Einjährige zu erfüllen.

Der Nachtragshaushalt verstärkt die Finanzierung des Hochschulpaktes. Derzeit nehmen an rheinland-pfälzischen Hochschulen deutlich mehr Studierende ihr Studium auf, als bei Abschluss der Bund-Länder-Verwaltungsvereinbarung zum Hochschulpakt prognostiziert wurde. Die Ursachen für diese sicherlich erfreuliche, aber zugleich Finanzmittel erfordernde Entwicklung liegen in der Aussetzung der Wehrpflicht, in den zum Teil doppelten Abiturjahrgängen durch die Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien und auch in einer vermehrten Studierneigung.

Schließlich wird mit dem Nachtragshaushalt auf gestiegene Bedarfe im Bereich des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie auf die erhöhten Flüchtlingszahlen aus Ländern wie Syrien, Afghanistan und Irak reagiert.

Insgesamt steigen durch den Nachtragshaushalt die geplanten Ausgaben gegenüber dem ursprünglichen Ansatz um 242 Millionen Euro. 21 Millionen Euro hiervon werden durch zusätzliche Einnahmen abgedeckt. Die verbleibenden 221 Millionen Euro werden durch eine erhöhte Nettokreditaufnahme finanziert. Das strukturelle Defizit im Nachtragshaushalt beläuft sich auf 836 Millionen Euro, also auf 84 Millionen Euro mehr als geplant. Die Obergrenze des Defizitabbaupfades der Schuldenbremse wird für das Jahr 2013 deutlich, um mehr als 400 Millionen Euro, unterschritten. Auch die geltende investitionsbezogene Kreditobergrenze wird eingehalten. Damit sind die Bestimmungen unserer rheinland-pfälzischen Landesverfassung erfüllt.

Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang die Ankündigung des Finanzministers, die veränderten Konsolidierungsanforderungen im Rahmen des laufenden Aufstellungsverfahrens für den kommenden Doppelhaushalt 2014/2015 zu berücksichtigen, und das Ziel der Landesregierung, die Neuverschuldung im Haushaltsvollzug

wieder möglichst nah auf die ursprünglich im Doppelhaushalt für 2013 eingeplante Kreditaufnahme abzusenkten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses waren ein Schwerpunkt der Aussprache die Mittel für den Flughafen Frankfurt-Hahn.

Die regierungstragenden Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begrüßten die durch den Nachtragshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel, die über die Sicherstellung der Liquidität hinaus dem Hahn eine Perspektive für eine betriebswirtschaftlich tragfähige Neuausrichtung eröffneten. Sie betonten in diesem Zusammenhang die strukturpolitische Bedeutung des Hahn und die Notwendigkeit, die am Hahn unmittelbar und mittelbar entstandenen Arbeitsplätze zu erhalten.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützten ferner die mit dem Nachtragshaushalt verknüpfte Bereinigung der Verbindlichkeiten beim Liquiditätspool.

Auch die Fraktion der CDU begrüßte die Überführung des bisherigen Liquiditätsmanagements in den Haushalt. Sie betonte auch die grundsätzliche Notwendigkeit, dem Flughafen Frankfurt-Hahn zur Sicherung der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung zusätzliche Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen. Sie stellte jedoch die Höhe der bereitgestellten Mittel und die Notwendigkeit, diese bereits im Wege des vorliegenden Nachtragshaushalts zu bewilligen, infrage. Auch wurde die Frage nach der Vereinbarkeit mit den beihilferechtlichen Regelungen des EU-Rechts aufgeworfen.

Die Landesregierung betonte die Notwendigkeit, über die Sicherung kurzfristiger Liquiditätsbedarfe hinaus Mittel zur Verfügung zu stellen, um dem Flughafen Frankfurt-Hahn eine Grundlage für eine positive Gestaltung der Neuausrichtung zu ermöglichen. Weiterhin bekräftigte die Landesregierung, die Gesellschafterdarlehen beihilfekonform in enger Abstimmung mit der EU-Kommission auszugestalten.

Die Landesregierung sagte zu, den Haushalts- und Finanzausschuss über die an den Flughafen Frankfurt-Hahn auszahlenden Darlehenstranchen sowie den Verhandlungsverlauf mit der EU-Kommission zu unterrichten. Dies wurde von allen Fraktionen begrüßt.

Die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legten dar, dass mit dem vorliegenden Nachtragshaushalt weitere wichtige Politikfelder neu gestaltet würden. Dabei wurden sowohl die Finanzierung des weiteren Ausbaus im U3-Bereich als auch die Verstärkung der Mittel im Bereich der Hochschulfinanzierung sowie der Sicherung humanitärer Verpflichtungen bekräftigt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz herzlich möchte ich mich bei allen bedanken, die auch dieses Mal wieder zum reibungslosen Ablauf der Beratungen beigetragen haben. Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Ministerien, der Fraktionen und der Landtagsverwaltung.

Danken möchte ich auch den Mitgliedern des Haushalts- und Finanzausschusses sowie den Mitgliedern der Fachausschüsse für sachliche und konstruktive Beratungen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt Ihnen mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den Entwurf des Nachtragshaushaltsgesetzes 2013 anzunehmen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertens:

Ich eröffne die Aussprache. Es spricht Frau Kollegin Klöckner.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Ministerpräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße auch sehr herzlich den Betriebsrat vom Flughafen Hahn. Schön, dass Sie heute da sind.

Der 19. März ist ein besonderer Tag. Der Papst wird offiziell ins Amt eingeführt,

(Zurufe aus dem Hause: Oh!)

Rheinland-Pfalz beschließt einen Nachtragshaushalt, und Herr Lewentz hat Geburtstag.

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem 50. Geburtstag. Ein halbes Jahrhundert. Die CDU-Landtagsfraktion gratuliert Ihnen sehr herzlich. Genießen Sie den Tag!

(Heiterkeit im Hause)

Lieber Herr Lewentz, wir haben Ihnen aus Brüssel ein Geschenk mitgebracht, hervorragende Pralinen aus Belgien. Die werden wir Ihnen nachher überreichen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist gerade einmal sieben Monate her, dass eine Sondersitzung des Landtages stattfinden musste. Damals ging es um ein gescheitertes Projekt der Landesregierung. Wir erinnern uns, die Nürburgring-Insolvenz.

Jetzt, ein halbes Jahr später, stehen wir wieder hier. Ein weiteres Großprojekt ist in Gefahr, und damit Millionen Euro an Steuergeldern. Um es mit den Worten des Hahn-Geschäftsführers zu sagen, es brennt lichterloh.

Eines will ich vorab sagen, die CDU in diesem Hause, die CDU in Rheinland-Pfalz, steht zum Flughafen Hahn.

(Beifall der CDU)

Von Anfang an war der Hahn ein Schlüsselprojekt für die Konversion in Rheinland-Pfalz, parteiübergreifend – das möchte ich betonen – unterstützt und vorangetrieben von SPD, CDU und FDP.

Diese übergreifende Zusammenarbeit gab es auch beim Ausbau des notwendigen Straßennetzes. Ich nenne hier besonders die B 50 und den Hochmoselübergang.

Wir wollen eine gute Zukunft für den Hunsrück. Viele kleine und mittlere Unternehmen hängen an dem Flughafen, und auch viele Existenzen, wirtschaftliche Existenzen von Familien hängen daran.

Am Flughafen sind unmittelbar 400 Menschen und viele Tausende in den nachgelagerten Bereichen beschäftigt. Diese kommen hinzu, die im Umfeld des Flughafens ihre Arbeit finden. Die Menschen in der Region haben es nicht verdient, dass sie für die Versäumnisse der Landesregierung nun die Konsequenzen tragen müssen.

(Beifall der CDU)

Auch das will ich sagen, es sind nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Hahn, die schuld an den schlechten Nachrichten sind, die uns allen Sorge bereiten. Und es gab viele schlechte Nachrichten in den vergangenen Monaten.

Wer aber das Reden darüber am liebsten verbieten will, wer Nachfragen mit Schlechtreden gleichsetzen will, der löst dauerhaft keine Probleme, sondern er sieht ihnen sogar noch beim Wachsen zu, so, wie es diese Landesregierung getan hat.

(Beifall der CDU)

Die SPD-geführte Landesregierung behauptete lange, es sei am Hahn alles in Ordnung, die Investoren stünden Schlange.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unverständlich, dass die Landesregierung sich mit dem Ausschreibungsverfahren so viel Zeit ließ und dabei noch Millionen Euro in die Begutachtung von Gutachten steckte.

Die Probleme des Hahn, vor denen wir heute stehen, sind nicht über Nacht gekommen, sie sind nicht plötzlich gekommen; denn sie waren absehbar.

Mit dem Ausstieg der Fraport zu Beginn 2009 hat die Landesregierung einen professionellen Flughafenbetreiber ziehen lassen. Fraport verfügte einerseits über die notwendigen Marktkenntnisse im internationalen Flugverkehr, andererseits natürlich über das erforderliche Kapital, das notwendig war, um den Hahn auch international erfolgreich zu platzieren und zu betreiben. Das ganz Besondere – das ist das Entscheidende –, die Fraport übernahm sogar die jährlichen Defizite des Hahn in zweistelliger Millionenhöhe.

Als die Fraport abwanderte, verkaufte die SPD-Landesregierung das noch als Erfolg, weil sie nahezu die alleinige Kontrolle über den Flughafen gewann. Wir

wissen heute, das war eine komplette Selbstüberschätzung.

(Beifall der CDU)

Was war die Konsequenz? – Auch das gehört zur Erklärung, warum wir heute hier in einer Extrasitzung stehen müssen. Von Jahr zu Jahr stiegen die Belastungen aus Verlusten. Vor diesem Hintergrund kam die jetzt eingetretene Notsituation alles andere als überraschend.

Schon der Geschäftsbericht für 2011 sagte klar, ohne neues Geld des Gesellschafters bis Ende März 2013 ist der Bestand der Flughafengesellschaft gefährdet. Da sagen Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, in Ihrem vorliegenden Antrag doch tatsächlich – ich zitiere –: „Aufgrund nicht planbarer Herausforderungen im Haushaltsjahr 2013 (...) hat die Landesregierung einen Nachtragshaushalt (...) eingebracht.“

Nicht planbare Herausforderungen beim Hahn? Also nicht planbar beim Hahn? Diese Frage stelle ich.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, unabhängig davon, die CDU-Fraktion unterstützt die Verbesserungen für Kindertagesstätten, Hochschulen und Asylbewerber. Wir stehen zu diesen Anstrengungen, die zu einem guten Zusammenhalt der Gesellschaft notwendig sind und beitragen. Ich bedauere aber sehr, dass diese wichtigen Themen im Zusammenhang mit diesem Nachtragshaushalt durch die Probleme am Flughafen Hahn überlagert werden müssen.

(Beifall der CDU)

Deshalb ist mir noch einmal wichtig zu betonen,

– die CDU-Fraktion steht zu dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuung,

– die CDU-Fraktion steht für eine menschenwürdige Behandlung von Asylbewerbern,

– die CDU-Fraktion steht für eine verbesserte finanzielle, aber effektive Ausstattung der Hochschulen.

Aber das auch nur – das sage ich ganz deutlich – mit einer entsprechenden Gegenfinanzierung; denn solide Finanzen sind notwendig für soziale Fairness; denn die ist in die Zukunft gerichtet, damit wir heute nicht mehr das Geld haben oder verbraten, was nachher den Spielraum einengt. Solide Finanzen für eine soziale Fairness!

(Beifall der CDU)

Ich möchte eines noch vorab sagen.

Sehr geehrter Herr Kollege Hering, Sie haben als zuständiger Wirtschaftsminister damals die Weichen am Hahn gestellt, genauso wie Sie auch am Nürburgring das inzwischen gescheiterte Zukunftskonzept ausgehandelt haben. Angesichts Ihrer Rolle bin ich doch sehr verwundert, wie Sie mit den Fragen anderer umgehen, die wir in diesem Zusammenhang heute haben.

Liest man sich das Protokoll von der vergangenen Landtagssitzung durch, als der Haushalt eingebracht worden

ist, dann ist es zumindest befremdlich, wie Sie mit einer Opposition umgehen, die es sich alles andere als bequem macht.

Sie stellen das so dar, als hätten wir überhaupt keine Ahnung, als wüssten wir überhaupt nichts und hätten uns überhaupt keine Gedanken gemacht, und als ob nur die Landesregierung den absoluten Durchblick hätte. Herr Hering, das nimmt Ihnen keiner mehr ab.

(Beifall der CDU)

Ich bin mir sicher, das Muster wird nachher genauso wieder aufgelegt werden wie sonst auch, nämlich die Opposition weiß nichts und kann nichts, sondern nur die Landesregierung kann etwas. Wenn das so wäre, müssten wir heute hier nicht stehen.

(Beifall der CDU)

Ich frage mich nur: Woher nehmen Sie all Ihre Gewissheiten? Keine Fragen! Ich finde das sehr gewagt von jemandem, der für dieses Desaster mit verantwortlich ist.

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: So ist es!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit vier Jahren haben es die SPD-geführten Landesregierungen eben nicht geschafft, den Hahn auf eine gesunde Basis zu stellen. Seit vier Jahren wird der Öffentlichkeit ein Investor angekündigt. Seit vier Jahren wird allen ein nachhaltiges Zukunftskonzept versprochen. Vier Jahre lang wurden EU-rechtliche Probleme völlig ausgeblendet. Jetzt auf einmal ist die Zeit zu knapp, um vor der Abstimmung – so weit uns das bisher bekannt ist – die Zustimmung der EU-Kommission vorzulegen. Es liegt nicht an der Kommission, dass das Ganze nicht vorliegt. Sie haben die Zeit vorher nicht genutzt und verstreichen lassen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es stellt sich die Frage: Wo steht denn die rot-grüne Landesregierung heute? – Erstens kein Investor. Zweitens kein Zukunftskonzept. Drittens keine Genehmigung durch die EU.

Nun verlangt diese rot-grüne Landesregierung von uns heute einen Vorabbeschluss, eine Art Blankoscheck über 120 Millionen Euro. Sie können uns noch nicht einmal plausibel erklären, warum Sie dieses Geld auf einmal brauchen. Sie wollen von uns einen Vorabbeschluss, um danach das Parlament eben nicht mehr einbinden zu müssen und es außen vor lassen zu können. Uns bereitet das – das will ich ganz offen sagen – Bauchschmerzen.

Viele Bürger teilen unsere Bedenken. Warum? Weil die Verschuldung unseres Landes jetzt schon dramatisch hoch ist. Weil die Erfahrungen mit der Landesregierung im Umgang mit Großprojekten durchaus ernüchternd ist.

(Baldauf, CDU: Das ist wohl wahr!)

Weil nicht klar ist, ob die Probleme sich weiter zuspitzen, selbst wann das Geld geflossen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, es geht um die Zukunft des Hahn, zu dem wir stehen. Es geht genauso um Steuergelder aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, die uns anvertraut sind. Deshalb gehen wir als CDU-Fraktion nicht den bequemsten, sondern den vertretbaren Weg.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe bei der ersten Beratung des Nachtragshaushalts zugesagt, dass sich meine Fraktion konstruktiv einbringen wird. Wir haben in der knapp bemessenen Zeit von noch nicht einmal zwei Wochen intensiv und gründlich – auch mit Experten außerhalb des Parlaments – beraten.

Ich möchte Ihnen nun den Weg und die Bedingungen unseres Konzeptes erläutern. Langfristig können Arbeitsplätze am Flughafen Hahn nur unter fünf Grundvoraussetzungen gesichert werden. Darüber müssen wir uns vorher klar sein, bevor Gelder freigegeben werden, und wir dürfen nicht schauen, was danach kommen wird.

Erstens: Alle Maßnahmen müssen EU-konform sein, weil sonst eine millionenschwere Rückzahlung droht, da nach wie vor – darüber müssen wir reden – das Durchführungsverbot gilt.

Zweitens: Alle Maßnahmen müssen mit unserem Landeshaushaltsrecht vereinbar sein.

(Zuruf des Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Finanzierungen am Parlament vorbei wie über den Liquipool darf es nicht mehr geben. Auch die Kassenwirksamkeit muss beachtet werden.

Drittens: Ohne ein schlüssiges Betriebs- und auch Finanzierungskonzept eben für die Zukunft ohne private Investoren kann es auf Dauer schlichtweg keine unbegrenzten Steuermittel geben.

Viertens: Für die Zukunft des Hahn ist ein nachhaltiges Wachstum unabdingbar, um wirtschaftlich arbeiten zu können.

(Beifall der CDU)

Fünftens: Die 24-Stunden-Fluggenehmigung gehört zum Kernbestand des Geschäftsmodells und darf nicht wegen Uneinigkeit totgeschwiegen werden.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen den Hahn retten, aber dabei verantwortungsvoll mit Steuergeldern umgehen, die größtmögliche Kontrolle des Haushaltsgesetzgebers, des Parlaments, sicherstellen und neue Schulden vermeiden. In Zeiten höchster Steuereinnahmen und niedriger Zinsen muss eine Gegenfinanzierung möglich sein, weil dieses Land sonst niemals die Schuldenbremse einhalten wird, zu der das Land laut Verfassung verpflichtet ist. Wenn nicht jetzt, wann dann, liebe Kolleginnen und Kollegen?

(Beifall der CDU)

Anders als Rot-Grün werden wir nicht 86 Millionen Euro Gesellschafterdarlehen auf einmal freigeben. Der Hahn braucht 2013/2014 gar nicht die 86 Millionen Euro. Deshalb werden wir auch nur das freigeben, was notwendig ist, nämlich 25 Millionen Euro für dieses Jahr. Das sind laut Unterlagen, die uns von der Landesregierung zur Verfügung gestellt worden sind, die in diesem Jahr anstehenden Kredittranchen. Wir beziehen uns auf die Unterlagen, die uns zur Verfügung gestellt wurden.

Die weiteren Zahlungsverpflichtungen des Hahn betreffen das Jahr 2014 und die Folgejahre.

Wir setzen dabei voraus, dass, wie von der Landesregierung fest zugesagt, die Zustimmung der EU-Kommission bis zur Auszahlung vorliegen wird. Wir werden der Regierung deshalb heute einen eingeschränkten Vertrauensvorschuss gewähren, und zwar

(Pörksen, SPD: Wie großzügig!)

deshalb einen eingeschränkten Vertrauensvorschuss, weil wir Fragen haben, die bisher noch nicht geklärt worden sind. Rot-Grün will einen uneingeschränkten Vertrauensvorschuss.

(Pörksen, SPD: Das ist doch logisch!)

Was rechtfertigt eigentlich den Wunsch nach einem uneingeschränkten Vertrauensvorschuss? Es gibt keinen Grund, der Regierung freie Hand ohne Bedingungen zu lassen.

(Wansch, SPD: Was für ein Quark!)

Es gibt auch keinen Grund, der Regierung einen Blankoscheck zu geben. Es gibt viele Gründe aus der Vergangenheit, die SPD-Landesregierung an die enge haushaltspolitische Leine zu legen.

Ich erinnere daran, vor sieben Monaten haben wir schon einmal wegen eines Großprojektes hier gestanden, bei dem man damals pauschal gehandelt hat. Heute wissen wir, dass diese Pauschale nicht erfolgreich war. Deshalb gehen wir keinen pauschalen Weg, sondern einen begleiteten, kontrollierten Weg mit dem Parlament zusammen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in einem Nachtragshaushalt dürfen eben nur die Mittel für den vorrangigen Bedarf des laufenden Jahres und eine Verpflichtungsermächtigung für 2014 veranschlagt werden. Weitere erforderliche Mittel müssen dann gegebenenfalls im nächsten Doppelhaushalt, den wir noch in diesem Jahr beschließen werden, für die Jahre 2014 und 2015 berücksichtigt werden. Das auch nur dann, wenn dieses Mal die EU-Zustimmung vorher, aber auch ein tragfähiges Zukunftskonzept vorliegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Haushalt des Landes soll so genau wie möglich festlegen, welche Ausgaben in einem Jahr wirklich benötigt werden. Natürlich kann man die Landeshaushaltsordnung interpretieren, aber wenn ich mir die Landeshaushaltsordnung an-

schaue, steht dort in § 11 in klaren Worten – Zitat –: Im Haushaltsplan dürfen nur diejenigen Einnahmen und Ausgaben veranschlagt werden, die im Haushaltsjahr voraussichtlich kassenwirksam werden, bzw. bei Verpflichtungsermächtigungen entsprechende Verpflichtungen voraussichtlich eingegangen werden. – Die Landesregierung will aber 86 Millionen Euro einstellen. Bis heute hat die Landesregierung dem Parlament und der Öffentlichkeit keinen zitierfähigen Beleg dafür vorgelegt, dass diese Summe für 2013 wirklich fällig ist.

(Dr. Weiland, CDU: Das ist der Punkt!)

Erst auf Drängen – das ist der ganz entscheidende Punkt in dieser Frage – übermittelte die Landesregierung eine schriftliche, als vertraulich bezeichnete Information, in der aber entscheidende Stellen geschwärzt waren.

Beides zugleich, vertraulich machen und schwärzen, ist aber widersprüchlich. Entweder man gibt die vollständige Information vertraulich, oder man schwärzt nur die vertraulichen Teile.

(Pörksen, SPD: Die kennen Ihre Vertraulichkeit!)

Ein bemerkenswertes Vorgehen der Landesregierung, die doch so sehr auf Transparenz setzen wollte.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so war für die CDU zunächst erkennbar, dass für 2013 21 Millionen Euro an Zinsen und Tilgung fällig sind, alle weiteren Zahlungen aber erst in 2014 und den Folgejahren. Deshalb hat die CDU-Fraktion beantragt, für 2013 nur diese Summe einzustellen und für weitere fällige Zahlungen in 2014 eine Verpflichtungsermächtigung vorzusehen.

Erst als dieser Antrag eingereicht worden war, wurde uns zugetragen, dass noch Millionen fehlen würden.

(Unruhe bei der SPD)

Erst auf unsere proaktive Nachfrage erfuhren wir unter anderem aus den Regierungsfractionen, dass 2013 nicht nur 21 Millionen Euro, sondern 25 Millionen Euro fällig seien.

Dem haben wir Rechnung getragen, indem wir unseren Änderungsantrag angepasst haben, aber ohne unsere Systematik zu ändern. Aber uns wurde gesagt, in diesem Jahr fielen nur 25 Millionen Euro an.

(Beifall der CDU)

Ich sehe, dass Sie in einer Zwickmühle sind. Entweder war das eine falsch und das andere richtig oder umgekehrt. Es drängt sich jetzt die Frage auf: Wurde bei der Informationsweitergabe mit unterschiedlichem Maß gemessen?

(Zurufe von der SPD: Oh! –
Pörksen, SPD: Das ist typisch für euch!
Steht doch zu eurem Fehler!)

Der Antrag der Fraktion der CDU stellt nun die akut notwendigen Hilfen für den Flughafen Hahn auf eine sichere haushaltsrechtliche Grundlage. Zusammen mit der Verpflichtungsermächtigung für 2014 reicht das vollkommen aus, um für den Flughafen Hahn eine positive wirtschaftliche Prognose über zwei Jahre zu geben. Diese wird nach unseren Recherchen für die Wirtschaftsprüfer gebraucht.

Bemerkenswert ist aber jetzt, welche Aussagen nach Medienberichten Herr Hering, die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Finanzierungsbedarf machten. In einem Agenturbericht – dpa vom 14. März – sind es laut Herrn Hering 69 Millionen Euro für Kredittilgungen und 5,2 Millionen Euro für Zinsen. In einer anderen Agenturmeldung – dpa vom 16. März – sprechen SPD und GRÜNE für dieses Jahr von fälligen Tilgungen in Höhe von 20 Millionen Euro und 47 Millionen Euro im Jahr 2014. Das macht in der Addition auch keine 86 Millionen Euro. In der gleichen Meldung ist von 13 Millionen Euro für Zinsen und – ich zitiere – „laufendes Geschäft“ die Rede.

(Frau Thelen, CDU: Davon war im Haushaltsausschuss keine Rede! –
Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das stimmt doch gar nicht!)

Dieser Zahlensalat sagt alles. Von uns wollen Sie eine pauschale Ermächtigung haben. Wir hingegen setzen auf die Methode der parlamentarisch begleitenden Kontrolle.

Eines sage ich noch ganz deutlich zu dem Thema „Zinsen für laufendes Geschäft“. Wir haben Gespräche diverser Art mit dem Minister geführt – das ist lange her –, im Haushalts- und Finanzausschuss zusammengesessen und viele Fragen gestellt.

(Frau Fink, SPD: Sie haben da nicht zugehört!)

Das letzte ist eine Position, von der bis dahin nie gesprochen worden ist. Dafür gibt es nur zwei Erklärungsmöglichkeiten: Erstens haben entweder Herr Hering und die Fraktionen von SPD und GRÜNE andere Informationen über den wirklich kassenwirksamen Bedarf als die CDU, oder Sie wollen zweitens gegen das Haushaltsrecht anderes in den Haushalt einsetzen, als wirklich kassenwirksam ist. Beides würde kein gutes Bild auf Rot-Grün im Umgang mit der Opposition werfen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich stelle für die CDU-Fraktion noch einmal klar: Die CDU-Fraktion ist bereit, so viele Mittel für den Nachtragshaushalt mitzutragen, wie für eine positive Zukunftsprognose des Flughafens notwendig sind und wie nach unserer Kenntnis wirklich kassenwirksam werden.

Wir tragen so viele Mittel mit, wie es verantwortbar ist mit Blick auf die Zustimmung der EU-Kommission, die uns bis heute durch die Landesregierung noch nicht vorgelegt worden ist. Steuermittel für den Flughafen Hahn sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie auch mit

einer soliden Zukunftskonzeption für den Flughafen einhergehen.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Herbst werden wir über den Doppelhaushalt 2014/2015 beraten. Nach der Sommerpause will die EU-Kommission über die Flughafenleitlinie befinden und dann im Beihilfeverfahren abschließend entscheiden.

Das ist dann die Zeit, in der wir auf gesicherter Grundlage darüber beraten können, was wir in den beiden kommenden Jahren für den Flughafen und darüber hinaus noch tun können und tun müssen. Deshalb gibt es nach unserer Sichtweise keinen Grund für Vorratsbeschlüsse, für etwas, was möglich sein könnte, was Sie uns aber zitierfähig nicht liefern.

Sagen Sie uns, wie sich das zusammensetzt, ob Sie alle Regularien einhalten und warum Sie es tragen können, in einem Vorabbeschluss auf die Zustimmung der EU zu verzichten, obwohl wir die Zeit hätten, den Vertrauensvorschuss durch die Landesregierung erst einmal eingelöst zu bekommen, um dann Schritt für Schritt gesichert zu entscheiden und nicht mehr die Fehler zu machen wie am Nürburgring.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie soll es nun am Flughafen Hahn weitergehen?:

1. Die Landesregierung darf nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen, dass die 24-Stunden-Fluggenehmigung für den Hahn je angetastet wird.

2. Aus der Verlustzone kommt der Flughafen Hahn nur heraus, wenn er nachhaltig wächst. Das sehen die GRÜNEN bekanntlich anders und gaben in einer Pressekonzferenz bekannt, sie würden dem Nachtrag nur unter der Bedingung zustimmen, dass man beim Flughafen Hahn nicht auf weiteres Wachstum setzt.

Ich unterstütze hierbei Herrn Minister Lewentz. Er ist mit dieser Aussage in der „Rhein-Zeitung“ zitiert worden, dass es Kapazitäten gebe und der Flughafen noch weiter wachsen könne. Das sehe ich ganz genauso, nur muss man deutlich machen, die Investitionen in die Anlagen des Flughafens zahlen sich nur aus, wenn die Kapazitäten auch möglichst ausgelastet sind. Da gibt es nicht, ein bisschen schwanger zu sein, da gibt es nur ein Ja oder ein Nein.

(Beifall der CDU)

3. Die Landesregierung muss endlich ein Konzept umsetzen und vor allem vorlegen, wie die Flächen des Flughafens, die nicht für den Flugbetrieb gebraucht werden, mit guten Erträgen wirtschaftlich genutzt werden können.

4. Die Landesregierung muss professionell privates Kapital für den Flughafen einwerben. Sie muss sich entscheiden, wie viele Anteile sie selbst halten will und wie viele sie an Private veräußert. Ziel muss es sein,

dass laufende Verluste verhindert werden und das operative Geschäft vor allen Dingen Gewinne erzielt. Das wollen wir doch alle.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach allem, was bisher geschehen ist, dürfen Sie deshalb den künftigen Weg Schritt für Schritt nur noch mit dem Landtag gemeinsam gehen.

(Pörksen, SPD: Aber nicht die Konsequenzen tragen!)

Jeder weitere Schritt, den Sie vorhaben und für den Sie heute von uns ein pauschales Ja haben wollen, muss dem Landtag mit den Belegen der Übereinstimmung mit dem EU-Beihilferecht, mit den wirtschaftlichen Auswirkungen und der genauen Verwendung der Mittel zur Entscheidung vorgelegt werden.

Für meine Fraktion sage ich Ihnen zu, dass wir bereit sind, die zügigen Beratungen und Entscheidungen auch mitzugehen. Sie haben es schon gesehen. Wir haben der Verkürzung einer verkürzten Beratung zugestimmt.

Ich sage zu, Notwendiges soll nicht an Terminproblemen scheitern. Deshalb werbe ich für unser Konzept mit berechenbaren Grundlagen, mit belastbaren Schritten ohne unverantwortbare Risiken mit dem Ziel, den Flughafen Hahn langfristig zu sichern und nicht nur eine kurzfristige Liquiditätshilfe zu schaffen.

Es geht heute nicht darum, nur kurzfristig Zeit für die Regierung zu gewinnen, sondern langfristig Lösungen vorzulegen.

(Beifall der CDU)

Ich frage abschließend: Wie sollten wir einem Antrag, einem Ansatz von Rot-Grün vertrauensvoll zustimmen, wenn sich beide bei der 24-Stunden-Fluggenehmigung und der Wachstumsfrage am Flughafen Hahn uneins sind?

(Pörksen, SPD: Wie bitte?)

Das aber sind Grundbedingungen für eine positive Zukunftsprognose.

Es ist heute, wo wir die Hand für Millionen von Euro Steuergeldern heben sollen, noch nicht einmal im Ansatz klar, wo Rot-Grün übermorgen gemeinsam mit dem Flughafen hin will.

(Pörksen, SPD: Sie machen hier Schattenboxen! – Frau Fink, SPD: Das hätten Sie gern!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen die Methode des kontrollierten Vorgehens, die Regierung aber setzt auf Pauschalargumentation.

(Frau Thelen, CDU: Und auf Blindflug!)

Pauschal war es am Nürburgring.

In diesem Sinne will ich eines noch einmal deutlich machen: Wer von einem Parlament eine Zustimmung für

etwas haben will, was noch nicht einmal die Zustimmung der EU-Kommission vorab hat, der noch nicht einmal in einer Zeitnot war, sondern vorab gesehen hat, wohin es laufen wird, und jetzt vom Parlament am 19. März im blinden Vertrauen 86 Millionen Euro Gesellschafterdarlehen freigegeben haben möchte, ohne dass es in diesem Jahr fällig wird, der weiß, dass er jemanden mit ins Boot holen muss.

(Pörksen, SPD: Blindes Vertrauen!)

Sie wollen, dass wir das mittragen, weil Sie selbst unsicher sind.

(Beifall der CDU)

Deshalb sage ich Ihnen ganz deutlich: Gehen Sie mit uns die kontrollierten Schritte. In Verantwortung vor unseren Bürgern geht die CDU-Fraktion nicht den bequemsten, sondern den vertretbaren Weg in dieser schwierigen Situation.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Präsident Mertes:

Ich erteile Herrn Kollegen Hering das Wort, bitte schön.

(Baldauf, CDU: Jetzt kommt der Wirtschaftsminister!)

Abg. Hering, SPD:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zunächst die Vertreter des Betriebsrates begrüßen, die mit Sicherheit mit Interesse die Debatte verfolgen werden, da auch Entscheidungen über die Zukunft ihrer Arbeitsverhältnisse getroffen werden. Ich möchte auch nicht versäumen, von dieser Stelle aus unserem Kollegen Roger Lewentz zu seinem 50. Geburtstag zu gratulieren. Ich glaube, wir werden dem Infrastrukturminister heute einen guten Tag bereiten. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Vizepräsidentin Frau Klamm
übernimmt den Vorsitz)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dieser Debatte und der Abstimmung über den Nachtragshaushalt 2013 wird auch über die Frage entschieden: Steht man in aller Konsequenz zum Flughafen Hahn, ja oder nein? – Diese Frage wird heute beantwortet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Frau Klöckner, Sie haben mit Ihrer Rede für Ihre Fraktion eine Antwort auf diese Frage gegeben, nämlich dass Sie eben nicht in aller Konsequenz zu der Region, zu dem Projekt und den Arbeitsplätzen stehen. Es reichen

eben nicht nur gute Worte, sondern es muss sich auch mit der Zustimmung zu einem Nachtragshaushalt zur notwendigen Handlungsfähigkeit bekannt werden.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich bin mir sicher – dies haben mir auch einige Personen gesagt –, dass man Ihnen geraten hat, dem Nachtragshaushalt seitens der Opposition zuzustimmen. Aber vor dieser politischen Klugheit sind Sie leider zurückgeschreckt, Frau Klöckner. Mit der Entscheidung, die Sie getroffen haben, kommen Sie aus der Zwickmühle, in der Sie sich befinden, nicht heraus. Dort haben Sie sich selbst hineinmanövriert.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie haben es mit Ihrer alten Linie vorgezogen, Scheinargumente zu finden, um eine Ablehnung des Haushalts zu begründen. Dabei ist doch vollkommen klar, würden wir Ihrer Linie und den von Ihnen vorgebrachten Anträgen folgen, dann wäre die notwendige Handlungsfähigkeit eben nicht mehr gegeben, und wir würden den Flughafen Hahn in sehr massive Schwierigkeiten bringen. Das ist die Wahrheit der Konsequenz Ihrer Anträge.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es wurde von der Presse gefragt – und auch Sie haben diese Frage gestellt –: Weshalb legen die Regierungsfaktionen so viel Wert darauf, dass bei diesem Projekt nach Möglichkeit auch die Opposition zustimmt?

(Zurufe von der CDU)

Der Grund dafür ist ganz einfach: Es geht darum, Schaden vom Flughafen Hahn abzuwenden.

(Zurufe von der CDU)

Es geht darum, ein klares Zeichen der Landespolitik zu setzen, dass sie geschlossen hinter dem Flughafen Hahn steht. Darum ging es uns dabei, und es ging uns darum, dass jeder politische Streit um den Flughafen dem Projekt selbst und damit im Ergebnis auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern schadet, die heute zuschauen. Unsere Aufgabe ist es, die Kräfte zu bündeln, anstatt unnötigen politischen Streit über den Flughafen Hahn zu führen. Das ist unsere wahre Aufgabe, die wir haben, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Durch die Debatte ist ein Schaden entstanden, und es beginnt mit Ihrer Wortwahl. Sie haben in einer Pressekonferenz öffentlich – die Journalisten haben dies so zitiert, und ich gehe davon aus, dass es richtig ist – vom Löschen gesprochen.

(Frau Klöckner, CDU: Ja, es brennt lichterloh!)

Sie wollten sich an der Nothilfe beteiligen.

Sie haben heute auch einen Ausspruch zitiert, der unglücklich war, das möchte ich Ihnen sagen. Sie haben gesagt, es brennt lichterloh am Hahn.

(Frau Klöckner, CDU: Das sagt der Geschäftsführer!)

Meine Damen und Herren, sind das die Worte eines Menschen, der parteipolitische Interessen hintanstellt im Namen der Sache? – Der wählt andere Worte, meine Damen und Herren!

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

So schafft man kein Vertrauen für ein Projekt. Dies sind Worte, die einem Projekt schaden – vielleicht nicht mit Absicht, aber Sie schaden mit diesen Worten dem Projekt Flughafen Hahn.

(Zuruf des Abg. Baldauf, CDU)

Sie haben auch die Entscheidung angesprochen, im Jahre 2008/2009 Verantwortung für den Hahn zu übernehmen. Damals haben Sie die Entscheidung nicht kritisiert. Ich kann mich an Wortbeiträge erinnern, mit denen Sie uns vorgeworfen haben, wir hätten zu lange an dem Projekt „Hahn-Taler“ festgehalten, und wir hätten früher die Entscheidung treffen müssen, Nein dazu zu sagen. – Das waren Ihre Worte damals gewesen.

Meine Damen und Herren, hätten wir damals, im Jahr der Weltwirtschaftskrise 2009, eine andere Entscheidung getroffen, dann wären aufgrund des von Ryanair beabsichtigten Abzugs am Flughafen Hahn Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet worden, und damit hätten wir eine Katastrophe im Hunsrück ausgelöst. Dies war die Konsequenz, die damals vor der Tür stand.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Die leiden alle unter
Amnesie dort!)

Darüber hinaus ist klar, dass die Fraport klar gesagt hat, dass sie beabsichtigt, den Gewinnabführungsvertrag zu kündigen, und dass sie zukünftig keine Verluste für den Flughafen Hahn übernehmen wird. Dies waren die klaren Aussagen. – So viel zur Richtigstellung Ihrer Aussagen von damals. Auch damals gab es eine klare Trennung: Die Regierung hat immer konsequent zum Flughafenprojekt Hahn gestanden, gestern, heute und auch in Zukunft, meine Damen und Herren. Das ist der Unterschied.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wer es ernst damit meint, eine gemeinsame Vorgehensweise anzustreben, der redet nicht über diese Angelegenheiten vor dem verabredeten Austausch von Anträgen. Das haben wir in diesem Raum besprochen. Er macht vorher keine Pressekonferenz und stellt auch keine ultimativen Forderungen nach dem Motto: Entweder wird diesen Forderungen zugestimmt, oder wir

stimmen nicht zu. – Das ist nicht die Vorgehensweise von jemandem, der konstruktiv das gemeinsame Miteinander sucht. Das ist genau das Gegenteil davon, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Sie sind an die Öffentlichkeit herangetreten mit Zahlen, ohne vorher wie vereinbart mit der Regierung oder den regierungstragenden Fraktionen darüber zu sprechen.

(Zuruf von der CDU: Oh, wie schlimm!)

Aber es waren im Ergebnis falsche Zahlen, die Sie präsentiert haben. Sie haben sich zweimal korrigieren müssen. – So viel zu den Rechenkünsten à la CDU! – Das war peinlich.

Vor allem aber ist auf diese Weise ein verworrenes Bild über die tatsächliche Lage und die Notwendigkeiten entstanden, was dem Flughafen Hahn nur schaden kann. – So wird Vertrauen zerstört. So werden potenzielle Investoren abgeschreckt.

Schließlich blieb nur noch der Ausweg, dass das Finanzministerium eine öffentliche Klarstellung vornahm, um der Verwirrung ein Ende zu bereiten.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das hätte vermieden werden können, wenn Sie vorher, wie zugesagt, die Gespräche geführt hätten.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU)

– Ja, Herr Billen, wie die Zahlen bei Bitburg! Die haben doch angeblich auch alle gestimmt, nicht wahr? Das war genauso.

(Zuruf des Abg. Billen, CDU –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Si tacuisses!)

Die Wirtschaftsprüfer und die Geschäftsführung des Flughafen Hahn haben einen Liquiditätsbedarf in Höhe von 80 Millionen Euro netto, 86 Millionen Euro brutto ermittelt. Ihnen ist bei verschiedenen Gelegenheiten dargelegt worden, wie sich der Liquiditätsbedarf zusammensetzt. In diesem Raum hat eine Sitzung stattgefunden, bei der Sie viele Fragen gestellt haben und bei der der Finanzminister im Detail erläutert hat, wie sich der Liquiditätsbedarf zusammensetzt. Sie hatten als Fraktion die Gelegenheit, unter Beisein der Leitung des Finanzministeriums die Zahlen erläutert zu bekommen. Ihnen ist der Liquiditätsbedarf von 80 Millionen Euro im Detail erläutert worden.

Selbstverständlich hat eine Gesellschaft neben der Verpflichtung, ihre Kredite zu tilgen und die Zinsen zu zahlen, auch noch einen zusätzlichen Liquiditätsbedarf. All das ist Ihnen erläutert worden. Vor diesem Hintergrund zu sagen, dieser Liquiditätsbedarf bestehe in Wirklichkeit gar nicht, und es würde auch gut die Hälfte ausreichen, ist in der Vorgehensweise nicht seriös. Es ist nicht das Zeugnis eines Menschen, der tatsächlich hinter dem

Projekt Flughafen Hahn steht, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Niemand kann heute genau vorhersagen, welche Kredittilgungen vielleicht vorgezogen werden müssen aufgrund von Gesprächen oder Entscheidungen der Europäischen Kommission,

(Schreiner, CDU: Keine!)

die aufgrund der Flughafenrichtlinien, die neu gefasst werden, vielleicht zu dem Ergebnis kommt, dass die Finanzierung des Flughafen Hahn gegebenenfalls günstiger gestaltet werden könnte und dass sie auf Aufforderung der EU-Kommission vielleicht zügiger und beihilfekonformer gestaltet werden sollte.

Wir wollen, dass eine Geschäftsführung am Flughafen Hahn dann unmittelbar handlungsfähig ist. Das ist der Ausdruck dafür, wir stehen konsequent hinter dem Zukunftsprojekt Hahn. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns in der Vorgehensweise, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Der Liquiditätsbedarf beträgt, wie erläutert, brutto 86 Millionen Euro, netto 80 Millionen Euro. Sie können nicht nach dem Motto agieren: Wenn die Wirklichkeit anders ist, dann ist das schlimm für die Wirklichkeit. – Das ist die Realität, das sind die Zahlen, die vorgelegt worden sind.

Sie haben in keiner Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses und in keinem Gespräch mit der Regierung Hinweise dazu gegeben, wo Sie an den Zahlen zweifeln würden, wo sie zu hinterfragen wären. Das haben Sie niemals in einer Sitzung getan. Sie haben es öffentlichkeitswirksam mit Presseerklärungen getan. – So weit zu Ihrer „seriösen Vorgehensweise“, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ein Journalist hat das dann so formuliert, die CDU wolle die Regierung an die Leine nehmen. Aber Sie knebeln damit de facto den Hahn und die Zukunftsfähigkeit der Region. Das wäre die Auswirkung, wenn wir Ihren Rechnungen folgen würden, die im Ergebnis nicht plausibel sind.

Meine Damen und Herren, wie zu lesen war, fordert Frau Klöckner – das hat eben auch seine Wiederholung gefunden – ein Zukunftskonzept und vor allem eine Unbedenklichkeitserklärung für die Zahlen durch die EU-Kommission. Das fordern Sie auch gegenüber der Presse.

(Licht, CDU: Das ist doch das,
was Sie sagen! –
Frau Klöckner, CDU: Das haben
doch Sie gesagt!)

Sie wissen aber genau, dass eine Neuordnung erst mit Blick auf die ausstehende Flughafenrichtlinie der Kommission sattelfest formuliert werden kann.

(Zurufe der Abg. Frau Klöckner und
des Abg. Licht, CDU)

– Herr Licht, außer Zwischenrufen haben Sie bisher keinen vernünftigen Beitrag geleistet.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt ein ganz entscheidender Punkt. Da geht es um Redlichkeit und Nichtredlichkeit.

Sie hatten Gespräche in Brüssel gehabt. Über deren Effizienz und anderes kann man streiten. Aber mit Sicherheit ist Ihnen auch etwas deutlich geworden, was jedem deutlich geworden ist, der Gespräche in Brüssel geführt hat, was viele getan haben.

(Frau Klöckner, CDU: Haben Sie auch?)

– Ich war öfter in Brüssel gewesen. Vor Verabschiedung der Flughafenrichtlinie wird es keine Unbedenklichkeitsbescheinigung in schriftlicher Form der Europäischen Kommission geben. Das wissen Sie ganz genau. Hier diese Forderung zu stellen, heißt, Sie stellen eine Bedingung, die nicht erfüllt werden kann. Ganz konsequent ausgedrückt, bedeutet dies, damit fordern Sie das Ende des Flughafens Hahn. Das ist die Konsequenz Ihrer Aussage, die Sie hier getroffen haben, Frau Klöckner. So weit zur Redlichkeit.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Das ist die Unwahrheit!)

– Herr Bracht, Sie waren mit in Brüssel gewesen. Herr Bracht, Sie kennen die Aussage der Kommission. Sie reagieren deswegen so betroffen, weil Sie wissen, dass die Aussage stimmt

(Bracht, CDU: Das ist die Unwahrheit!)

und Sie Schwierigkeiten haben werden, nach dieser Debatte in den Hunsrück zu kommen und zu sagen, Sie stehen zum Flughafen Hahn. Dahinter wird man zukünftig berechtigterweise ein großes Fragezeichen machen, Herr Bracht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Bracht, CDU: Ich habe schon für den
Flughafen Hahn gekämpft, da haben
Sie noch nicht daran gedacht!)

In Ihrem Begleitantrag geben Sie einen Beleg für meine These; denn dort fordern Sie, dass die Landesregierung spätestens vier Wochen nach Vorliegen der sogenannten Flughafenleitlinie der Europäischen Kommission eine umfassende, detaillierte schriftliche Stellungnahme zu den Konsequenzen dieser Leitlinie für einen dauerhaften Betrieb und die Finanzierung des Flughafens vorlegen soll. Sie wissen also selbst, dass das abschließend erst

nach Vorliegen der Flughafenrichtlinie getan werden kann.

(Frau Klöckner, CDU: Eben!)

Frau Klöckner, Sie fordern aber vorher eine entsprechende Bescheinigung der Kommission. Sie wissen genau, das ist unmöglich. Frau Klöckner, es ist nicht redlich, eine solche Bedingung als Zustimmung für ein Projekt zu formulieren. Das ist nicht jemand, der konsequent hinter einem Projekt einer Region steht, Frau Klöckner.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie hätten sich in der Diskussion vielleicht manche Peinlichkeit ersparen können, wenn Sie auf die Gesprächsangebote der Koalitionsfraktionen eingegangen wären und die fachliche Kompetenz der Landesregierung in Anspruch genommen hätten.

(Heiterkeit bei der CDU)

Ihnen wäre unter anderem der Rechenfehler erspart geblieben, Frau Klöckner.

Wir werden mit diesem Nachtragshaushalt der Landesregierung eine Ausgabenermächtigung geben, deren Volumen und Verfügbarkeit die Handlungsfähigkeit und Reaktionsfähigkeit des Landes sichert.

(Frau Klöckner, CDU: Bad Bergzabern!)

Das Land muss handeln können, damit der Flughafen Hahn, damit die Region, damit die Menschen eine verlässliche Perspektive entwickeln können. Die Regierung hat zugesichert, alle Zahlungen nur in enger Abstimmung mit der Kommission zu tätigen. Das ist gut und notwendig. Genau das erwarten wir, und genau das wird die Landesregierung auch tun, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, über die Diskussion, was jetzt von diesem Parlament zu tun ist, um einen Handlungsspielraum am Hahn zu schaffen, sind die anderen Bestandteile dieses Nachtragshaushalts in den Hintergrund getreten. Sie sind allerdings ebenso von großer Wichtigkeit für Rheinland-Pfalz.

Um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können und den Ausbaugrad der Betreuung für die U3-Kinder zu steigern, stellen wir rund 56 Millionen Euro zusätzlich in 2013 zur Verfügung. Das wird die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in Rheinland-Pfalz weiter verbessern.

Wir stehen auch konsequent zu den Hochschulen und werden Planungssicherheit für die Hochschulen schaffen, indem wir 30 Millionen Euro zusätzlich im Sondervermögen zur Verfügung stellen.

Für uns ist es nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das wir ausdrücklich begrüßen, eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen gleichgestellt werden,

egal, aus welchem Grund sie in Not geraten sind. Auch das ist für uns ein wichtiges Anliegen.

Frau Klöckner, Sie haben vom soliden Gegensparen gesprochen. Wer hier mehrfach vom soliden Gegensparen spricht und außer globalen Minderausgaben auf den ganzen Haushalt kein einziges Beispiel nennt, wo konkret eingespart werden kann,

(Zuruf der Abg. Bracht und Schreiner, CDU:
Auch falsch!)

der möge bitte das Wort „solides Gegensparen“ weglassen, weil es einfach albern und unsolid ist, was Sie hier immer stereotyp vortragen.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir handeln gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, bei dem wir mit hohem Respekt anerkennen, dass es ein solider und ein absolut verlässlicher Partner ist, der auch schwere Herausforderungen mit uns gemeinsam geht. Wenn er zu einem Ja gefunden hat, dann ist es ein konsequentes Ja ohne Wenn und Aber. Auch das zeugt von Verlässlichkeit in einer Regierungskoalition, die in vorbildlicher Weise mit Rot-Grün in Rheinland-Pfalz besteht.

Wir werden mit diesem Haushalt die richtigen Antworten auf aktuelle Herausforderungen geben. Der Haushalt bedeutet Mehrausgaben und eine erhöhte Kreditaufnahme. Aber schon die Aufstellung des nächsten Doppelhaushalts wird belegen, dass wir dadurch den bis zum Jahr 2020 festgelegten Abbaupfad der strukturellen Neuverschuldung des Landes nicht verlassen werden.

Bereits im Vollzug des diesjährigen Haushalts werden wir von den neuen Ausgaben so viel gegensparen wie möglich. Die Koalition setzt den Kurs der zukunftsgerichteten Konsolidierung fort, und sie gibt mit diesem Nachtragshaushalt ein klares Zeichen dafür, dass sie verlässlich zu ihrer Verantwortung für den Flughafen Hahn, die Region und die Menschen auf dem Hunsrück steht.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Anhaltend Beifall der SPD und des
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Licht das Wort.

(Zurufe von der SPD)

Abg. Licht, CDU:

Es war relativ einfach, schneller zu sein; denn schon beim ersten Satz war die blaue Karte erforderlich.

Herr Hering, es brennt lichterloh. Das ist der neue Geschäftsführer, der erst einmal genau gelesen hat und

sich zuerst den Jahresbericht von 2011 vorgenommen hat.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Wer ihn kannte, wer ihn kennt, wer ihn gelesen hat – Sie haben ihn offensichtlich nie gelesen –, hätte gewusst, dass Sie vor eine Wand fahren. Darum hat er diesen Satz gebraucht, es brennt lichterloh.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, ich sage einen zweiten Satz und nur so viel zu den Rechenkünsten: Herr Lewentz hat vor knapp einem halben Jahr davon gesprochen, dass das Eigenkapital noch für vier Jahre reicht. Wer ist jetzt der Rechenkünstler? Warum stehen wir heute hier mit einem Nachtrag?

(Beifall der CDU)

Warum stehen wir hier und sollen Ihnen blind zustimmen? Nein, blind werden wir nicht zustimmen.

Ich sage noch eines. Sie haben das nicht verstanden, was unsere Anträge betrifft. Frau Ministerpräsidentin Dreyer hat sehr deutlich gemacht – das war überzeugend –, dass uns die EU bis zum heutigen Tag die EU-Konformität nicht bescheinigen konnte.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Das hat sie uns deutlich gemacht. Wir haben deswegen gesagt, wir warten nicht, bis die zweite Tranche, bis Euro-X oder sonst etwas die EU-Konformität einfordern, sondern wir sagen 2013.

(Frau Klöckner, CDU: Ja!)

Das sagen wir in dem Wissen, dass es Ihnen morgen oder übermorgen vielleicht nicht gelingen wird, uns die EU-Konformität zu bescheinigen.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das ist ein Vertrauensvorschuss,

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

den wir aber nicht für die kommenden Jahre geben können.

(Beifall bei der CDU –
Pörksen, SPD: Ihr Vertrauensvorschuss,
das ist doch zum Lachen!)

Den dürfen wir Ihnen auch nicht für die kommenden Jahre geben.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD)

Noch vor die nächsten Tranchen 2014 gehört das Konzept. Ich weiß nicht, ob Ihnen am Ende des Jahres die GRÜNEN hineinschreiben, dass das Nachtflugverbot weg soll. Ich weiß nicht, ob sie Ihnen Null-Wachstum hineinschreiben. Dazu sage ich konsequent Nein. Für

ein solches Konzept von uns eine blinde Zustimmung zu erwarten – nein, diese Konsequenz kann von mir – das ist mein Wahlkreis –, dieses Konzept kann von der Region und von der Union nicht unterschrieben werden.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Ich erteile Herrn Kollegen Hering das Wort.

(Pörksen, SPD: Man kann sagen, gut gebrüllt Löwe!)

Abg. Hering, SPD:

Herr Licht, ich habe gesagt, dass das von dem Geschäftsführer eine unglückliche Formulierung gewesen ist.

(Pörksen, SPD: Das hat er doch gesagt! –
Zurufe von der CDU: Aha! –
Zuruf der Abg. Frau Thelen, CDU)

In der Rede habe ich das so gesagt. Es ist ein Unterschied, ob ich öffentlichkeitswirksam solche Formulierungen wiederhole und den Formulierungen hinzufüge, dass sie nur von Ihnen stammen, beim Löschen helfen, Nothilfe und das dann in Zusammenhang bringe mit der Aussage, es brennt lichterloh.

(Zurufe von der CDU)

Das kann man auch anders ausdrücken.

(Licht, CDU: Es kann auch noch viel
dramatischer werden!)

Es ist die Frage, was man damit bezweckt, reißerisch wahrgenommen zu werden oder der Sache zu dienen.

(Baldauf, CDU: Das sagt gerade der Richtige!)

Das ist die Frage, welche Worte man wählt.

(Beifall der SPD und vereinzelt bei dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie geben eine Antwort darauf, was Ihre eigentliche Motivation ist.

(Licht, CDU: Das müssen Sie mir gerade sagen! –
Dr. Weiland, CDU: Mehr fällt Ihnen nicht auf? –
Baldauf, CDU: Wer war denn zuständig?)

– Herr Baldauf, von Ihnen ist bezüglich der Verluste gesagt worden, die Verluste am Hahn sind nach dem Ausstieg von Fraport betriebswirtschaftlich reduziert worden dank der hervorragenden Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Licht, CDU: Nicht Ihrer!)

– Ich habe gesagt, der hervorragenden Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das war trotz einer Weltwirt-

schaftskrise, einer Flugverkehrsabgabe so, die Ihre Partei zu verantworten hat, die der Flugwirtschaft in Deutschland massiv schadet.

(Beifall der SPD –
Zuruf von der SPD: Genau so!)

Sie sagen mir, die Betriebsergebnisse werden schlechter. Sie sagen das wider besseres Wissen. Sie wissen es anders. Das ist doch eine Beleidigung der hervorragenden Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Flughafen Hahn, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Sie sagen, Sie seien nicht bereit, einen Blankoscheck zu unterschreiben. Hier steht kein Blankoscheck. Hier geht es darum, Handlungsspielraum zu geben, der notwendig ist.

(Licht, CDU: Den kritisieren Sie!)

Sie sind nur bereit, auf Sicht zu fahren.

(Zurufe von der CDU)

Wir verlangen von Investoren und anderen, dass sie einen gewissen Vertrauensvorschuss für den Flughafen Hahn geben. Es gibt Investoren, die aktuell in die Frachthallen investieren. Wir wollen Airlines gewinnen. Diese erhalten von Ihnen folgende Aussage: Investiert ihr euer Geld in das Projekt, wir als CDU schauen von Monat zu Monat, ob sich das rentiert.

(Licht, CDU: Nein, nein!)

Das ist die Antwort, die Sie Investoren geben. Hier ist die Frage zu beantworten, die Sie politisch beantworten müssen: Stehen Sie zum Hahn, ja oder nein?

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Klöckner das Wort.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Frau Präsidentin! Herr Hering, man merkt, Sie möchten durch Beschimpfung der Opposition vom eigenen Desaster ablenken.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Herr Hering, wissen Sie, Sie stellen sich als Experte für Großprojekte, insbesondere Flughäfen dar. Soweit ich mich erinnere, waren Sie zuständiger Wirtschaftsminister sowohl für den Nürburgring als auch für den Hahn.

Wenn Sie das gut gemacht hätten, dann müssten Sie heute nicht Fraktionsvorsitzender sein.

(Beifall der CDU –
Baldauf, CDU: Schlosshotel! –
Pörksen, SPD: Äußerst souverän, was
Sie hier machen! –
Zuruf des Abg. Fuhr, SPD –
Weitere Zurufe von der SPD)

Ich sage noch etwas. Wenn wir in zwei Wochen einen Nachtragshaushalt durchpeitschen müssen, dann können Sie nicht behaupten, es sei alles in Ordnung und derjenige, der über die schlechte Botschaft redet, um eine gute daraus zu machen, ist plötzlich der Schuldige.

(Pörksen, SPD: Ach ja!)

Sie haben lange Zeit nicht wahrnehmen wollen, welche Probleme es am Hahn gibt. Jetzt sind Sie ins Eis eingebrochen. Wir möchten dem Hahn helfen. Wir stehen zum Hahn.

(Zurufe von der SPD)

Ich will eines deutlich sagen: Sie haben mich eben kritisiert, dass ich jemanden zitiert habe. Dieser ist kein Experte von uns.

(Pörksen, SPD: Nein, Sie haben sich das zu Eigen gemacht, das ist etwas anderes!)

Ich zitiere aus der „Rhein-Zeitung“ vom 25. Januar: „Innenminister Roger Lewentz sowie SPD und GRÜNE meinen, Rethage“ – der neue Geschäftsführer – „sei als Experte für Unternehmenssteuerung der Richtige. (...) Mit ihm sei man nun deutlich besser aufgestellt.“

Man hatte sich vom ehemaligen Geschäftsführer, Herrn Schumacher, getrennt, weswegen Herr Mertes, den ich leider hier nicht mehr sehe, den Aufsichtsrat verlassen wollte. Entweder ist Herr Rethage der richtige Mann, dann stimmen seine Aussagen, oder seine Aussage stimmt nicht, dann ist er der falsche Mann. Man kann es sich nicht aussuchen und sagen, dass eine vom Fachmann vorgelegte Analyse in Ordnung ist oder nicht. Dass Sie nicht der Experte sind, haben Sie als Wirtschaftsminister gezeigt, Herr Hering.

(Beifall der CDU)

Ich will es noch einmal sagen. Es mag sein, dass Sie mit vielen anderen Dingen auch beschäftigt sind. So einfach, dass Sie uns in die Ecke, in die Sie uns haben wollen, einfach stellen können, gegen den Betriebsrat zu sein, geht das nicht. So einfach geht die Geschichte nicht. Wenn Sie richtig lesen und hinhören, dann sehen Sie, dass wir nicht alle paar Monate etwas freigeben müssen, weil wir just für das Jahr 2013 die Tranchen freigeben. Alles, was notwendig ist, ist möglich in Anbetracht des Doppelhaushaltes und der vorliegenden Flughafenleitlinien. Selbst für eine gute Zukunftsprognose geben wir auch für 2014 eine Verpflichtungsermächtigung ab.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist all das, was Sie fordern, und zwar solide. Mit keinem einzigen Satz haben Sie erklären können, wieso Sie 86 Millionen Euro haben wollen.

(Beifall der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Hering, Sie haben das Wort.

Abg. Hering, SPD:

Ich will zunächst auf den ersten Teil Ihrer Kurzintervention eingehen.

Frau Klöckner, wir sollten keinen Stil einreißen lassen, dass, wenn einem die Argumente ausgehen, die persönliche Polemik kommt. Das sollten Sie nicht tun. Genau das haben Sie getan.

(Beifall der SPD und bei dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zurufe von der CDU)

Es geht heute und hier nicht – – –

(Frau Klöckner, CDU: Im Protokoll nachlesen!)

– Ja, das kann man nachlesen.

Es geht nicht um Vergangenheitsbewältigung. Es geht heute darum, eine aktuell schwierige Situation für den Flughafen Hahn zu lösen. Darum geht es. Es geht darum, wer den besten Beitrag liefert.

Sie haben Ihre Verpflichtungsermächtigungen angesprochen. Sie haben es erneut getan.

(Baldauf, CDU: Wie ruhig der plötzlich ist!)

Wenn Wirtschaftsprüfer und Geschäftsführer nach sorgfältiger Analyse öffentlich kommunizieren, wir brauchen diesen Liquiditätsbedarf und Sie andere Zahlen in die Welt setzen, ohne – – –

(Frau Klöckner, CDU: Dann erklären
Sie es doch einmal! –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

– Nein. Herr Bracht, es geht nicht um unsere Zahlen. Hören Sie einmal zu. Es geht um die Vorgehensweise, darum, wie problematisch Ihre Vorgehensweise ist.

Wirtschaftsprüfer, Geschäftsführung und Landesregierung haben einen Liquiditätsbedarf kommuniziert. Jetzt kann man der Auffassung sein, das ist zu hinterfragen.

Wer es mit einem Projekt redlich meint, nutzt die Angebote, die sogar gesetzlich normiert sind. Das sind Haushaltsfragen. Das Finanzministerium ist auch für eine Oppositionspartei zur Amtshilfe verpflichtet. Man checkt

diese Zahlen gegen und sagt, wir kommen zu anderen Ergebnissen, lasst uns das abgleichen.

(Frau Klöckner, CDU: Das
haben wir gemacht!)

Wer es mit einem Projekt redlich meint, macht erst diesen Schritt, bevor er an die Öffentlichkeit geht. Sie sind an die Öffentlichkeit gegangen und haben damit fahrlässig und vorsätzlich Verwirrung angestiftet, ohne die Zahlen zu prüfen.

Frau Klöckner, es sind falsche Zahlen, die Sie kommuniziert haben. Frau Klöckner, stellen Sie das richtig.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Herr Minister Lewentz hat mit Herrn Rethage eine gute, eine kluge Entscheidung getroffen. Ich kenne Herrn Rethage auch, der ein hervorragender Fachmann und ein guter Betriebswirt ist.

(Zurufe von der CDU: Aha!)

Dennoch erlaube ich mir zu sagen, jeder, der gut ist, kann auch Fehler machen. Die Äußerung war unglücklich gewesen. Das habe ich gesagt. Das habe ich immer gesagt. Diese Äußerungen sind unglücklich.

Ich bitte, auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei einem Unternehmen, bei dem 400 Menschen beschäftigt sind, nicht Begriffe wie „Nothilfe“, „brennen“ und anderes

(Glocke der Präsidentin)

in der Öffentlichkeit zu gebrauchen, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Köbler das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, liebe Gäste! Am heutigen Tag wird die rot-grüne Koalition wieder zeigen, dass sie etwas auszeichnet, nämlich Handlungsfähigkeit,

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Handlungsfähigkeit bei einem für uns schwierigen Thema.

Frau Klöckner, ich gebe Ihnen in einem Punkt recht, es ist keine einfache Geschichte. Es ist ein schwieriges Thema.

Gut, Sie müssen als Opposition nicht der Landesregierung alles glauben, aber vielleicht glauben Sie es mir,

(Heiterkeit bei der CDU)

dass wir als GRÜNE bei dem Thema „Flughafen Hahn“ die Dinge intensiv diskutiert, hinterfragt und überprüft haben. Wären die Dinge vorhersehbar oder anders lösbar gewesen, hätten wir uns das heute lieber erspart. Das ist doch gar keine Frage.

Aber für uns ist die Zustimmung zum heutigen Nachtragshaushalt ein Akt der Verantwortung. Da waren und bleiben die Wählerinnen und Wähler in diesem Land sehr klug, dass sie uns, die wir verantwortlich handeln, den Regierungsauftrag gegeben und Ihnen die Rolle der Opposition zugewiesen haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Unsere Zustimmung für diese Vorsorge für die Flughafengesellschaft Hahn haben wir an klare Bedingungen geknüpft, und wir haben Argumente von Ihnen, liebe CDU, aus der Parlamentsdebatte mit aufgenommen und einfließen lassen. Also Sie sehen, es geht nicht um Augen zu und durch, sondern um eine intensive und ehrliche Befassung mit dem Thema.

Wir, SPD und GRÜNE, haben zusammen einen Entschließungsantrag vorgelegt, der diese Bedingungen in elf Punkten formuliert, begleitend vom Parlament beschlossen wird und die Regierung entsprechend bindet.

Es geht nicht um einen Blankoscheck, sondern es geht darum, die Verantwortung dafür zu übernehmen, wenn wir viel Geld zur Verfügung stellen, aber immer auch nach dem Motto, wir geben so viel Geld, wie notwendig ist, um diese Landesgesellschaft zu erhalten, aber wir sorgen auch dafür, dass nur so viel Geld abfließt, wie wirklich nötig ist, um den Liquiditätsbedarf sicherzustellen. Das ist verantwortliches Handeln. Das zeigt die Koalition.

Meine Damen und Herren, das vermisse ich bei der Opposition.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Frau Klöckner, Sie haben behauptet, das Ganze wäre absehbar gewesen. Da frage ich Sie: Wer sitzt denn im Aufsichtsrat? – Das ist Herr Kollege Bracht von der CDU. Wir GRÜNE sind gar nicht im Aufsichtsrat.

(Frau Klöckner, CDU: Herr Mertes!)

Was hat Herr Bracht denn gemacht, wenn es absehbar war?

(Frau Klöckner, CDU: Er wurde von Herrn Mertes an dieser Stelle beschimpft!)

Hat er geschlafen, hat er Ihnen nichts gesagt?

Oder, wenn Sie das erkannt haben – – –

Frau Klöckner, Sie haben eben behauptet, es war absehbar. Warum haben Sie keine Initiative gestartet? – Keine einzige Initiative in diesem Haus.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Frau Klöckner, das ist zu einfach und zu billig. Sie stellen wiederholt Behauptungen in den Raum, die Sie nicht durch eigenes Handeln unterfüttern können. Das ist Populismus und nichts anderes.

(Schreiner, CDU: Da haben Sie ein sehr
kurzes Gedächtnis!)

Meine Damen und Herren, ein Nachtragshaushalt ist in einer parlamentarischen Demokratie das entscheidende Instrument für demokratische Kontrolle, Ehrlichkeit, Klarheit und Transparenz. Deswegen gehen wir diesen Weg über diesen Nachtragshaushalt. Die Umstrukturierung muss – das machen wir deutlich – beihilfekonform verlaufen. Für uns ist das Ziel, die Umstrukturierung so zu gestalten, dass die Gesellschaft auf Dauer ohne weitere Subventionen auskommen muss.

Es geht nur in enger Abstimmung mit der EU-Kommission. Aber eine solch enge Abstimmung ist für die Landesregierung nur dann möglich, wenn ihr das Parlament diese Abstimmung erlaubt und nicht sozusagen a priori einen Freibrief der EU-Kommission verlangt, den Sie noch nicht einmal in engen Grenzen bereit sind, der Landesregierung zu geben. Sie können doch nicht etwas, was Sie hier thematisieren, von Brüssel erwarten.

Frau Klöckner, das ist widersprüchlich und nicht konsistent.

Wir haben uns im Haushalts- und Finanzausschuss darauf verständigt, dass über den jeweiligen tatsächlichen Mittelabfluss unmittelbar berichtet wird, die Kontrolle dieses Parlaments über die Verwendung der Mittel, die zur Verfügung gestellt werden, jederzeit transparent und gegeben ist, und Sie all Ihre Möglichkeiten, die Sie einfordern, die Sie als Parlament zu Recht einfordern, jederzeit haben. Deswegen ist es unlauter, wenn Sie behaupten, es sollen Dinge am Parlament vorbei gemacht werden, die Opposition werde überrollt und überannt.

Wir stellen sicher, dass Sie jeden einzelnen Schritt der Umsetzung kontrollieren und hinterfragen können. Mehr an Transparenz und Angebot an demokratischem Miteinander und Kontrolle kann ich mir kaum vorstellen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich und meine Fraktion glauben im Gegensatz zu Ihnen, dass in einer solchen Situation die Konsolidierung der Gesellschaft immer Vorrang vor neuen Plänen haben muss. Es ist auch ein Gebot in dieser Situation, in der wir die Leitlinien der EU-Kommission noch nicht haben und nicht wissen, wie wir Regionallughäfen – europaweit übrigens – in Zukunft beihilfekonform aufstellen.

Deswegen sind wir für Abenteuer, wie Sie sie skizzieren, nicht bereit.

Das bedeutet auch, die Verantwortung für die Arbeitsplätze, für die Beschäftigung vor Ort zu übernehmen. Deshalb darf man ein Unternehmen auch nicht durch politische Überforderung derartig aufblähen, dass es am Ende überfordert ist, die Blase platzt und die Leute dann auf der Straße stehen. So sieht verantwortliches Handeln aus.

Das meinen wir, wenn wir sagen, dass wir die für die Umstrukturierung zur Verfügung stehenden Mittel daran knüpfen, dass zunächst einmal die Gesellschaft zu konsolidieren ist. Das ist nachhaltig, das ist betriebswirtschaftlich korrekt, und vor allem ist das etwas, was die Gesellschaft jetzt leisten kann und womit sie nicht, wie in der Vergangenheit leider viel zu oft geschehen, politisch vollkommen überfordert ist. Meine Damen und Herren, deshalb ist das verantwortlich.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Also so viel Handlungsfreiheit für die Gesellschaft und den Gesellschafter wie nötig, aber dabei die Zügel so eng halten, wie uns das möglich ist.

Frau Klöckner, Sie haben als einen Punkt angeführt, Sie wollen für den Hahn ein nachhaltiges Wachstum. Das ist ein wunderschöner Begriff. Was soll das bei einem Flughafen heißen? Nur noch Drei-Liter-Flugzeuge? Ökojets? Das reicht für eine Überschrift, aber von einem Konzept ist bei der CDU weit und breit keine Spur.

(Heiterkeit bei der CDU)

Wir werden auch für Haushaltsklarheit sorgen, indem wir überdies die Mittel aus dem Liquiditätspool für die beiden Flughäfen in den Haushalt überführen. Wir werden das transparent und beihilfekonform machen. Das ist ein Versprechen, das wir abgegeben haben. Dem werden wir heute zustimmen. Das ist auch etwas, was Sie immer wieder eingefordert haben. Deshalb können Sie auch nicht erklären, weshalb Sie dem Ihre Zustimmung verweigern wollen.

Wir werden auch die zusätzlichen Mittel gegensparen.

(Frau Klöckner, CDU: Wie denn?)

Wir werden die Schuldenbremse konsequent einhalten.

(Schreiner, CDU: Irgendwann!)

Wir werden das aber seriös tun, und zwar dort, wo wir das dann auch benennen können, und nicht wie Sie hilflose Zahlentricksereien und keinen einzigen konkreten Einsparvorschlag machen, wo Sie gegenfinanzieren wollen.

(Schreiner, CDU: Das warten wir mal ab!)

Dazu fehlt Ihnen der Mut, die Kraft, die Stärke und auch jegliches Konzept. Meine Damen und Herren, Sie haben noch ein bisschen Zeit in dieser Legislaturperiode. Viel-

leicht erleben wir beim nächsten Doppelhaushalt den ersten konkreten Sparvorschlag von der CDU in dieser Legislaturperiode.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Das wäre nach 18 Jahren das erste Mal!)

– Nach 18 Jahren, sagt Frau Brede-Hoffmann.

Auch für die Christdemokraten gilt: Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Wir machen auch in unserem Entschließungsantrag deutlich, was wir unter Nachhaltigkeit und nachhaltigem Wirtschaften in der Region verstehen. Das heißt, dass wir dort auf mehrere Säulen setzen und wir jenseits des Flugbetriebs ein Entwicklungskonzept auf den Weg bringen, das eben auch Arbeitsplätze und Entwicklung in der Region unabhängig vom Flugbetrieb sicherstellt, das eine Perspektive für die Region bietet, die breiter aufgestellt ist. Dazu gehört für uns auch eine Perspektive für die Hunsrückbahn.

Das bedeutet eine breitere Aufstellung. Für ein qualitatives Wachstum in der Region mit einer ökologisch verträglichen Anbindung sind wir zu haben. Das ist unser Begriff von nachhaltigem Wachstum im Hunsrück, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich finde es als jemand, der aus einer mit Fluglärm hoch belasteten Region kommt, verwunderlich, mit welcher Lässigkeit Sie auch die Ruhebedürfnisse der Menschen im Hunsrück ignorieren. Offenbar sind Ihnen die Menschen, die im Hunsrück wohnen, weniger wert als die Menschen, die in der Rhein-Main-Region leben. Meine Damen und Herren, deshalb wollen wir für dort auch einen Lärmschutzaktionsplan erstellen, um den Hunsrück als lebenswert zu erhalten. Das hat auch etwas mit einer nachhaltigen Perspektive für die Region zu tun.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Sie haben gefragt, wie sich die 80 Millionen Euro zusammensetzen. Sie haben in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses entweder nicht zugehört oder es nicht verstanden. Das ist dort nämlich dezidiert dargelegt worden.

(Frau Brede-Hoffmann, SPD: Mehrfach!)

Es ist auch eine Unverschämtheit zu behaupten, dass wir andere Informationen bekommen hätten als Sie. Wir haben genau die gleichen Listen bekommen, die Sie auch bekommen haben.

(Bracht, CDU: Ja?)

Gestatten Sie mir, dass ich aufgrund der Vertraulichkeit runde, aber wir reden über rund 20 Millionen Euro in 2013 für Tilgung und von rund 47,3 Millionen Euro in 2014. Wir reden über jeweils gut rund 3 Millionen Euro pro Jahr für Zinsen in 2013 und 2014. Wir reden über

einen Puffer mit einem kleinen zweistelligen Millionenbetrag – gut 10 Millionen Euro –, den auch die Wirtschaftsprüfer eingefordert haben.

(Frau Klöckner, CDU: Kleiner zweistelliger Millionenbetrag!)

Wir ziehen von diesen veranschlagten Millionen 6 Millionen Euro ab, die durch die Verzinsung des Gesellschafterdarlehens wieder an den Landeshaushalt zurückfließen.

(Schreiner, CDU: Was ist aus dem Köbler vor der Landtagswahl geworden?)

Das sind 80 Millionen Euro.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Wir geben das jetzt rein, weil wir davon ausgehen können, dass möglicherweise eine Umstrukturierung auf einen Schlag noch in diesem Jahr, wenn die Leitlinien vorgegeben sind, fällig wird. Das ist Ihnen erklärt worden. Das ist Ihnen mehrfach dargelegt worden. Jede einzelne Zahl haben Sie schriftlich bekommen, aber die CDU macht Haushaltspolitik nach Astrid Lindgren: Dreimal drei macht sechs, ich mache mir die Welt, wie sie mir gefällt. –

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Es ist schon ein hammerharter Vorgang, wenn ein Deckblatt, also ein Änderungsantrag zu einem Haushalt, von einer Fraktion noch nicht einmal die Halbwertzeit von 24 Stunden hat, weil Sie sich nämlich verrechnet haben. Nehmen Sie doch das nächste Mal einen Taschenrechner oder einen, der funktioniert.

(Frau Klöckner, CDU: Falsch!)

– Sie mussten Ihr Deckblatt korrigieren.

(Frau Klöckner, CDU: Falsche Behauptung!)

Die Höchstleistung ist aber dann, wenn in dem korrigierten Deckblatt auch noch falsche Zahlen stehen. Mein lieber Mann!

(Pörksen, SPD: Meine liebe Frau!)

Es sei Ihnen angeraten, im Vorfeld der Beratungen zum Doppelhaushalt 2014/2015 die Grundrechenarten aufzufrischen.

Genauso wie Sie sich mit Ihren Rechenkünsten nicht mit Ruhm bekleckert haben, gilt das auch für die Frage, ob man zu einem gemeinsamen Verfahren kommt. Ich war naiv. In der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses haben Sie viele, auch kritische Fragen gestellt. Wir haben die übrigens auch gestellt. Das fand ich gut und richtig. Das haben wir auch gemacht. Das hat die SPD auch gemacht. Das ist auch wichtig bei einer so schwierigen Entscheidung. Sie haben dann gesagt, wir werden das überprüfen; wir lassen uns noch Zahlen zukommen. Deshalb haben Sie sich bei der Abstimmung

der Stimme enthalten. Wir haben dann ausgemacht, wir sprechen auf der Basis von konkreten Änderungsvorschlägen miteinander, ob man zusammenkommt.

Dann erfahren wir über Umwege, dass Sie zunächst eine Pressekonferenz einberufen, um die Dinge zu verkünden.

(Frau Klöckner, CDU: So wie das die Regierung macht!)

Das ist Ihr gutes Recht, aber wenn wir vorher etwas anderes verabreden, ist es kein parlamentarischer Stil,

(Bracht, CDU: Das ist die Unwahrheit, was Sie sagen!)

sondern dann ist es eine Frechheit, wenn man sich daran nicht hält. Das zeigt Ihre ganze Seriosität.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe von der CDU)

Ihre Haushaltsanträge sind mit einer Ausnahme, auf die ich gleich noch zu sprechen komme, auch ansonsten in großem Maße unseriös. Die Erhöhung der Nettokreditaufnahme dadurch abzuwenden, dass man ganz große Hausnummern an globalen Minderausgaben in den Haushalt stellt, kennen wir schon. Das haben wir beim zurückliegenden Doppelhaushalt nicht mitgemacht. Das ist weder kreativ noch konstruktiv, sondern das ist einfach ein Akt der Hilflosigkeit. Das ist auch ein Akt der Unehrlichkeit, weil man dann den Menschen nicht sagen muss, wo man sparen will.

Dass Sie dann auch noch beim Liquiditätspool eine Veränderung vornehmen, die selbst Ihr eigener Sachverständiger, Herr Professor Rossi, für beihilferechtlich zumindest hoch problematisch gehalten hat, macht Ihre Vorschläge wahrscheinlich EU-beihilferechtswidrig. Dass Sie globale Minderausgaben in einer Höhe veranschlagen, dass das nicht mehr vertretbar ist, macht Ihre Vorschläge wahrscheinlich auch haushaltsrechtswidrig, weil eine Minderveranschlagung vorliegt.

Dann sind Ihre Vorschläge auch noch widersprüchlich. Auf der einen Seite sagen Sie, Sie wollen dem Hahn nur so viel Geld zur Verfügung stellen, wie Ihrer Meinung nach unbedingt notwendig ist. Abgesehen davon, dass Sie die falschen Zahlen genommen haben, kann ich das noch nachvollziehen.

Dann stellen Sie aber einen Haushaltsbegleitantrag und erklären von diesem Pult aus auch noch, dass Sie dem Hahn unendliches Wachstum, Steigerungsraten usw. andienen wollen, Frau Klöckner. Zugleich sehen Sie aber haushalterisch eine Unterfinanzierung vor und nehmen in Kauf, dass er mit dieser Ausstattung, wenn wir das beschließen würden, was wir glücklicherweise nicht tun, möglicherweise in den nächsten zwei Jahren von Insolvenz bedroht ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Das heißt, Sie haben selbst in Ihren eigenen Reihen keine Linie. Also beschließen Sie auf der einen Seite mit Ihrem Entschließungsantrag Wachstum, Wachstum, immer mehr Geld rein, und auf der anderen Seite mit Ihren Haushaltsanträgen sparen, sparen und sparen.

Das ist ein Widerspruch in sich. Das ist vollkommen inkonsistent. Das zeigt, dass man Ihnen weder diese Gesellschaft noch dieses Bundesland anvertrauen kann, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Ich hätte mich heute lieber mehr damit beschäftigt, dass in diesem Haushalt viele Zukunftsinvestitionen dargestellt sind, die nur zu begrüßen sind. Ich freue mich, dass das Haus das einstimmig so sieht.

39 % Versorgungsquote bei den unter Dreijährigen werden wir durch die zusätzlichen Mittel erreichen, die wir bereit sind einzustellen. Das ist ein großes und bedeutendes Signal an die Kommunen. Ich bitte alle Vertreterinnen und Vertreter aller Farben, den Kommunen zu verdeutlichen, was das an Entlastungen bedeutet, und die Verantwortung gemeinschaftlich zu tragen.

Ich fordere die kommunalen Spitzenverbände auf, das zu sagen und anzuerkennen, dass der Landeshaushalt bereit ist, eine ganze Menge Mittel für die Zukunftsinvestitionen für die Kindertagesstätten für die unter Dreijährigen-Betreuung in die Hand zu nehmen. Die Familien vor Ort und die Kommunalpolitiker wollen in der Regel auch, dass die Kitas ausgebaut werden, Familie und Beruf besser vereinbart werden können, auch in ländlichen Regionen, und wir frühkindliche Bildung von Anfang an in diesem Land stärken können. Deswegen ist das an dieser Stelle ein ganz starkes Zukunftssignal an die Kommunen und die Familien in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wir bekennen uns zur Planungssicherheit unserer Hochschulen mit 30 Millionen Euro in einem Sondervermögen. Das unterscheidet uns auch von der CDU, die nicht bereit ist, genau diese Gelder zur Verfügung zu stellen, wie sie erklärt hat.

Nein, wir wollen die Planungssicherheit. Wir wollen nicht nur über die Verbesserung der Situation an den Hochschulen reden, sondern das gute Niveau gerade in der Lehre weiterentwickeln. Dafür bedarf es der Planungssicherheit. Dafür gehen wir für den Bund in Vorleistung. Wir fordern dann, wenn wir in Vorleistung gehen, den Bund auf, die Finanzierung mit sicherzustellen. Es reicht nicht, wie Frau Merkel sonntags von der Bildungsrepublik zu reden. Man muss sie montags und freitags hart erarbeiten.

(Pörksen, SPD: Richtig! –
Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Da wünschte ich mir mehr Mut bei der Bundesregierung. Wir, Rot-Grün, im Land haben den Mut, unsere Hochschulen im Land zukunftsfest aufzustellen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Wenn wir dann unserer humanitären Verantwortung gerecht werden und einen weiteren großen Schritt als das humanste Bundesland in Sachen Flüchtlingspolitik machen, dann ist das eine wichtige Botschaft an viele, die uns dafür nicht wählen werden, weil sie hier nicht wählen dürfen oder wählen können. Sie sind in Notsituationen zu uns gekommen, und wir übernehmen diese humane und auch globale Verantwortung.

Deswegen sind zusätzlich 8 Millionen Euro für die Kommunen und deren Leistungen für die Asylbewerberinnen und -bewerber in unserem Land bereitgestellt worden. Das zeigt, wir werden dieser Verantwortung, die auf uns zugekommen ist, gerecht.

Meine Damen und Herren, wir haben es uns nicht einfach gemacht. Wir haben hinterfragt, diskutiert, geprüft und klare Ziele und klare Bedingungen formuliert. Deswegen übernehmen wir die Verantwortung dafür, dass wir diesen Nachtragshaushalt auf den Weg bringen.

Wir sagen, wir sind der Garant dafür, dass die Mittel, die Steuergelder sind, nur dann fließen, wenn sie notwendig sind, und wir jeden Cent zusätzlich gegenfinanzieren. Gleichzeitig tätigen wir notwendige und wichtige Investitionen in die Zukunft der Familien, der Hochschulen und für ein humanitäres Rheinland-Pfalz.

Deshalb wird BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Nachtragshaushalt mit dem Entschließungsantrag zustimmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Baldauf gemeldet.

(Ramsauer, SPD: Das wird schön!)

Abg. Baldauf, CDU:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Köbler, ich würde Ihnen gerne ein eigenes Zitat zu der Frage „Hilfe zum Hahn“ mit Erlaubnis der Präsidentin vorlesen.

Sie haben in einem Interview in der „Allgemeinen Zeitung“ vom 1. September 2011 Folgendes gesagt: „Die Zuschüsse zum Flughafen Hahn sollen nach den Vorstellungen der Grünen schon im kommenden Haushalt gesenkt werden.“ – 2012/2013 wäre das.

„Wir wollen die Subventionen, die derzeit zwischen elf und 13 Millionen Euro liegen, bis 2016 wenn möglich auf null runterfahren. (...) Ein Konzept, das dauerhaft auf Steuersubventionen aufbaut, ist nicht zukunftsfähig. Man muss sich kluge Modelle ausdenken, und da spielt der Fracht- und Cargobereich eine wichtige Rolle, nicht nur

in der Luft, sondern auch am Boden. Wir müssen raus aus der Abhängigkeit von Ryanair“. –

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –
Dr. Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Richtig!)

Werter Herr Köbler, das passt aber überhaupt nicht zu Ihrer jetzigen Rede, wenn ich mir überlege, dass Sie gerade von einem kleinen zweistelligen Millionenbetrag gesprochen haben, der jetzt zusätzlich dem Flughafen Hahn zukommen soll.

(Beifall der CDU –
Frau Klöckner, CDU: Was interessiert mich
mein Geschwätz von gestern!)

Ich sage Ihnen das auch ganz deutlich: Nachhaltiges Wachstum und Gradlinigkeit in Ihrer Argumentation kann man an dieser Stelle nicht feststellen. Sie können nicht immer so reden, wie es Ihnen gerade gefällt, nur weil Sie jetzt plötzlich meinen, dass Sie in einer anderen Koalition und Konstellation sind.

(Beifall der CDU)

Ich möchte Ihnen eines ans Herz legen, Herr Köbler. Erklären Sie den Menschen vor Ort, wie Ihr Zukunftskonzept aussieht, wie Sie die Arbeitsplätze in Zukunft nachhaltig und auf Dauer sichern und wie Sie den Flughafen Hahn in die Gewinnzone bringen wollen.

Da kann ich Ihnen nur einen Rat geben: Sorgen Sie dafür, dass auch Ihre Fraktion, Ihre Partei unmissverständlich zur 24-Stunden-Genehmigung und zu einem Wachstum am Hahn steht. Das ist die Bedingung für alles, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dann werden Sie auch Erfolg haben. Darauf bin ich dann aber gespannt.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Herr Kollege Köbler, Sie haben das Wort.

Abg. Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Lieber Herr Kollege Baldauf, im Gegensatz zu Ihnen mache ich mir die Welt nicht, wie sie mir gefällt.

(Heiterkeit bei der CDU)

All die Aussagen, die Sie zitiert haben in der Ausgabe der „Allgemeinen Zeitung“ vom September 2011 stehen in keinerlei Widerspruch zu dem, was wir heute ausgeführt haben. Ganz im Gegenteil, ich danke Ihnen für den Beleg, dass wir an keiner Stelle unsere Positionen revidieren mussten, sondern auf einem geraden und verlässlichen Weg sind.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Abhängigkeit von einem einzigen Anbieter ist ein Problem. Das ist bei jedem Betrieb so. Wenn Sie nur einen einzigen Großkunden haben, dann ist Ihre Verhandlungsposition mit diesem Kunden begrenzt, zumal, wenn es sich um einen europäischen, zum Teil globalen Markt handelt, in dem die Standorte immer im Preiswettbewerb nach unten gegeneinander ausgespielt werden. Ich glaube, das wird schon so im Grundkurs Volkswirtschaft erklärt. Den sollten Sie vielleicht noch einmal belegen.

(Baldauf, CDU: Den habe ich gemacht!
Den musste man machen!)

Es gibt vom September 2011 bis zum März 2013 keine andere Konstellation. Meines Wissens ist Rot-Grün seit Mai 2011 im Amt. Wir haben den Koalitionsvertrag unterschrieben. Deswegen bitte ich Sie noch einmal, sich sozusagen historisch zu vergewissern, ob Ihre Erinnerung an die Vergangenheit die richtige ist. Immerhin waren es 16 Monate. Das ist vielleicht nicht ganz überschaubar.

Ich verstehe nicht, wo die neue Konstellation sein soll. Der Unterschied ist nur der, dass wir vor einer Situation stehen, die zu dem Zeitpunkt noch nicht offenkundig war, dass die Gesellschaft eine Vorsorge benötigt, um einen Liquiditätsbedarf abzusichern, damit eine Umstrukturierung gelingt – diesen Weg in die Zukunft habe ich damals auch schon skizziert –, um höhere Ausgaben aus Steuergeldern zu verhindern – die Insolvenz wird auf mindestens 150 Millionen Euro geschätzt; dies konnte man auch in der Zeitung nachlesen – und wir der Verantwortung für die Arbeitsplätze in der Gesellschaft und in der Region gerecht werden.

Wenn Sie mich dann fragen, wie das grüne Zukunftskonzept aussieht, so wollen wir mehr Säulen am Hunsrück. Wir wollen ein Entwicklungskonzept machen, das auch unabhängig vom Flugbetrieb dort Arbeitsplätze schafft und sichert.

(Bracht, CDU: Das machen wir doch schon!)

Aber wenn Sie konkret fragen, wie die betriebswirtschaftliche Politik in der Gesellschaft aussehen soll, dann sage ich Ihnen, Sie haben eines nicht verstanden: Politik sollte eine Gesellschaft, auch eine Landesgesellschaft nicht mit politischen Vorgaben überfrachten, sondern sollte sagen, wofür der Gesellschaftszweck ist.

(Glocke der Präsidentin)

Sie sollte den Geschäftsführern aufgeben, danach betriebswirtschaftlich zu handeln. Das sind doch die Fehler in der Vergangenheit gewesen. Begreifen Sie es doch endlich, dass Politik sich aus betriebswirtschaftlichen Vorgängen heraushält.

(Glocke der Präsidentin)

Dass es am Ende finanzierbar ist, ist Verantwortung für den Steuerzahler.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Vizepräsidentin Frau Klamm:

Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerpräsidentin Dreyer das Wort.

Frau Dreyer, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Herren und Damen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist zur Bedeutung des Flughafens Hahn viel gesagt worden. Deshalb kann ich mich an der Stelle wirklich sehr kurz fassen.

Natürlich ist der Hahn für uns ein bedeutungsvolles Infrastrukturprojekt. Dass uns als Landesregierung daran gelegen ist, die Arbeitsplätze, aber auch die Zukunft dieses Infrastrukturprojektes zu sichern, ist selbstredend. Das ist auch der Grund, warum wir hier heute stehen und diesen Nachtrag einbringen.

Ich habe in meiner Regierungserklärung versprochen, alle Kraft daran zu setzen, den Flughafen zum einen in dieser schwierigen Situation zu unterstützen. Der Nachtrag ist ein wichtiger Schritt auf diesem Weg. Aber es geht natürlich vor allem darum, die Voraussetzungen zu schaffen, um die notwendigen strukturellen Veränderungen am Hahn einleiten zu können.

(Vizepräsident Schnabel
übernimmt den Vorsitz)

Meine sehr verehrten Herren und Damen, auch der CDU, deshalb möchte ich noch einmal betonen, es geht heute nicht um die Frage – auch wenn ich darauf gleich noch zu sprechen komme –, welches Zukunftskonzept wir am Hahn beschließen werden, sondern es geht darum, ob der Hahn überhaupt noch in der Lage sein wird, sein Zukunftskonzept zu beschließen und anzugehen. Deswegen brauchen wir diesen Nachtrag am heutigen Tag. Es geht nicht um Eigenkapital, um das auch noch einmal richtigzustellen. Es geht um Liquiditätspässe. Wir haben lang drüber diskutiert. Und es geht darum, den Hahn in die Lage zu versetzen, das zu ermöglichen. Deshalb reden wir heute über diesen Nachtragshaushalt, und deswegen stehen wir zu diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich möchte hier noch einmal etwas deutlich zu dem Thema „Fraport“ sagen, was ich auch ganz klar an die CDU adressiere: Hören Sie endlich auf mit diesem Märchen. – Hendrik Hering hat das Richtige und Wichtige zum Hahn-Taler gesagt. Aber ich möchte noch einen ganz anderen Punkt nennen.

Sie prangern hier immer wieder an – zu Recht oder zu Unrecht –, dass sich der Liquipool im EU-Beihilfverfahren befindet. Es ist aber nicht nur der Liquipool. Es ist auch die Verlustabdeckung durch die Fraport. Also tun Sie doch bitte nicht immer und ewig so, dass, wenn es die Fraport noch gäbe, diese die Verlustabdeckung in Zukunft vornehmen könnte. Die Verlustabdeckung ist genauso wie der Liquipool beihilfebefangen. Also hören Sie auf, und beenden Sie dieses Mär-

chen, dass die Fraport zurzeit noch Retter in der Situation vom Hahn sein könnte.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich war sehr dankbar dafür, dass wir in dieser kurzen Abfolge miteinander tagen konnten. Ich habe das auch als Zugeständnis der Opposition durchaus als konstruktiv empfunden. Ich möchte auch noch einmal deutlich sagen, dass die Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss eine sehr intensive war.

Was es aber hier schon richtigzustellen gilt, sind die Ausführungen von Ihnen zu dem Thema „Transparenz und Zusammenarbeit“. Ich möchte das hier jetzt auch öffentlich sagen.

Noch während unser Kabinett zu dem Thema getagt hat, war der Finanzminister zum ersten Mal bei Ihnen und hat eine Stunde lang über dieses Thema informiert.

(Staatsminister Lewentz: Vorher
habe ich es versucht!)

Sie haben mir einen Brief geschrieben, in dem es um die Frage ging, welche Unterlagen ausgehändigt werden. Ich möchte daraus zitieren, denn es stand dort drin: Bitte leiten Sie uns die Unterlagen (...) – und so weiter – (...) in einer Form zur Verfügung zu stellen, die eine Klassifizierung als vertraulich entbehrlich macht (zum Beispiel durch entsprechende Schwärzungen der Namen privater Dritter). –

Die Liste, die wir Ihnen weitergegeben haben, war ausschließlich an den Stellen geschwärzt, an denen es um die Kreditgeber und die Kreditkonditionen ging, nicht, wo es um die Summen ging.

Ich bitte Sie, jeder Mensch kann sich vergucken und verrechnen. Aber hier so zu tun, als wäre das unser Problem und wir hätten Ihnen falsche Informationen zukommen lassen und hätten nicht unser Wort gehalten, ist ein X für ein U. Das kann keinesfalls in dieser Form hier stehen bleiben.

(Starker Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Herr Bracht, wenn ich jetzt sehe, dass Sie hier die farbige Kopie vor sich liegen haben, möchte ich auch bitte noch einmal an den Haushalts- und Finanzausschuss erinnern. Die Unterlagen, die ich Ihnen im persönlichen Brief zugeleitet habe, waren Kopien genau in der Form, wie ich sie eben beschrieben habe. Im Haushalts- und Finanzausschuss haben Sie dann gesehen, dass es das auch noch in bunt gibt. Daraufhin hat Ihnen der Kollege Lewentz eine erweiterte Liste in bunt geschickt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Dort ist ein Stempel „Vertraulich“ drauf. Aber in den ursprünglichen Unterlagen, die ich Ihnen zugesandt habe, sind ausschließlich der Kreditgeber und die Kreditkonditionen geschwärzt. Ich bitte, das einfach nicht

anders darzustellen, weil das genau der Wahrheit entspricht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Sehr gut!)

Wir haben im Ausschuss sehr lange darüber diskutiert, wie das Verfahren sein soll. Dafür habe ich auch absolutes Verständnis. Es ist eine hohe Summe, über die wir sprechen. Darüber kann man auch nicht leichtfertig sprechen. Es fällt auch der Koalition nicht einfach, einen solchen Schritt zu gehen.

Wir haben ausführlich erklärt, warum wir „stop and go“ nicht für das ideale Modell halten, und wir haben noch einmal dargestellt, dass wir durchaus der Auffassung sind, dass der Landtag nicht die Rolle der Exekutive über Einzelauszahlungen vorzunehmen hat.

Wir haben im Übrigen an die EU-Kommission auch einen anderen Weg adressiert. Wir wollen einen Gesellschafterdarlehensvertrag – das habe ich auch dargestellt – über die Gesamtsumme abschließen. Dies gibt für die Gesellschaft, für die Arbeitnehmerinnen und für die Arbeitnehmer und für die Kunden und auch für potenzielle Investoren Sicherheit und Planbarkeit. Das ist eben ausführlich gesagt worden.

Ich habe aber auch sehr deutlich dargestellt, dass einzelne Auszahlungen natürlich von verschiedenen Faktoren abhängig gemacht werden sollen, nämlich zum Ersten von einer transparenten Liquiditätsplanung der Gesellschaft, zum Zweiten von Fortschritten bei der Neuausrichtungskonzeption und zum Dritten bei dem Thema „Mittelverwendungsüberprüfung“.

Ich habe Ihnen im nicht öffentlichen Haushalts- und Finanzausschuss dargestellt, dass wir mit der Geschäftsführung – übrigens macht diese das Zukunftskonzept und nicht die Landesregierung, dies nur so ganz am Rande – in enger Abstimmung besprochen haben, dass nicht nur deren Wirtschaftsprüfer, sondern auch noch ein externer Wirtschaftsprüfer regelmäßig ein enges Controlling macht und wir selbstverständlich bereit sind, dem Haushalts- und Finanzausschuss jeden Schritt, den wir im Zusammenhang mit diesen 80 Millionen Euro machen, offenzulegen.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, da brauche ich gar keine neue Einladung dafür, dass wir dieses Verfahren begleitet kontrolliert machen. Es war unser Angebot als Landesregierung, und zwar unser selbstverständliches Angebot, dass wir alle Schritte, die wir machen, im Haushalts- und Finanzausschuss offen und transparent machen werden.

Ich möchte das hier richtigstellen; denn ich lege Wert darauf, dass wir dieses Verfahren transparent gestalten. Ich bin auch der Auffassung, dass wir von Anfang an diese Zusage eingehalten haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich komme noch einmal auf die Unbedenklichkeitsbescheinigung zu sprechen. Vielleicht reden wir auch ein Stück weit aneinander vorbei, Herr Licht.

(Licht, CDU: Ich habe es klar gesagt!)

– Ja, ich weiß, Sie haben gesagt, Sie haben es verstanden. Alles klar. Aber ich gehe davon aus, dass die Kommission auch nicht bereit sein wird, uns im Jahr 2013 irgendwann eine solche Bescheinigung auszustellen. Wir sind in einem ganz engen Kontakt mit der Kommission.

(Licht, CDU: Aber wie wollen Sie denn auszahlen?)

Wir werden nichts machen – auch das habe ich Ihnen zugesagt –, bei dem die Kommission nicht signalisiert, dass es ein Weg ist.

Wir werden – das wissen Sie auch, weil Sie Kontakt mit der Kommission haben – keine schriftliche Bescheinigung von der EU bekommen, dass wir das so oder so machen können.

Ich kann Ihnen immer wieder nur zusagen, dass wir das in Absprache mit der Kommission machen. Ich habe dargelegt, eine schriftliche Bescheinigung können wir nicht erhoffen. Das ist relativ unrealistisch. Wir sind dran. Ich kann das nicht zusagen, weil ich relativ sicher bin, dass wir keine schriftliche Bescheinigung dafür erhalten.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

– Warum auch, Herr Licht? Es ist ein großes Auf-uns-Zugehen, seitens der Kommission zu sagen, obwohl wir noch nicht wissen, wie die Flughafenrichtlinien aussehen werden, begleiten wir den Weg mit euch so eng und gehen einen Schritt mit euch.

(Zuruf des Abg. Licht, CDU)

Das ist ein Zugeständnis. Das muss man respektieren.

(Licht, CDU: Bis dahin gehen wir doch mit,
haben wir doch gesagt!)

Ich sage noch etwas zu der Summe. Vielleicht wird der Finanzminister das eine oder andere noch dazu sagen.

Ich sage es noch einmal ganz platt. Ich erinnere mich ziemlich genau daran, dass ich in der letzten Plenarsitzung kurz hier gesprochen und immer – nie anders – von den 80 Millionen Euro netto gesprochen habe. Ich habe zu keinem anderen Zeitpunkt von einer anderen Zahl gesprochen. Ich glaube, daran können sich noch alle erinnern, dass es genau um diese Summe ging und heute noch geht. Darüber reden wir, und darüber beschließen wir, wenn wir über diesen Nachtrag sprechen.

(Licht, CDU: Die Summe des Haushalts ja,
aber – – –)

Ich möchte noch etwas mit Blick auf die Zukunft sagen. Natürlich sind wir mit dem Nachtragshaushalt noch nicht am Ziel des Weges angelangt. Das ist selbstverständlich. Ich glaube, das hat auch noch nie jemand behauptet.

tet. Es gibt noch zahlreiche Unwägbarkeiten. Wir wissen noch nicht genau, wie die Luftverkehrsleitlinie aussehen wird. Wir haben das offene Beihilfeverfahren. Wir können keine wirkliche Voraussicht wagen, was die wirtschaftliche Entwicklung betrifft.

Dieser Nachtragshaushalt ist unser Beitrag dazu, dass sich der Flughafen Hahn zukunftsfähig aufstellen kann. Wir sagen das noch einmal, was wir mit dem Geschäftsführer abgestimmt haben, dass es einen konsequenten Weg der Neuausrichtung geben wird.

Wenn wir heute das Zukunftskonzept in der Tasche hätten – Sie haben es genauso wenig in der Tasche –, dann würden wir es Ihnen darlegen. Wir können es nicht, weil wir nicht wissen, was morgen in der Flughafenleitlinie stehen wird. Es gibt die Zusage an Sie, dass die Geschäftsführung in enger Abstimmung mit uns und der Kommission dieses Zukunftskonzept entwickeln wird. Das werden wir transparent machen, und zwar mit jedem Schritt, den wir gehen.

Unstreitig war und ist immer, dass wir eine Markterkundung gemacht haben und es das Ziel sein muss, einen privaten Investor oder einen neuen strategischen Partner mit ins Boot zu bringen. Natürlich muss das das Ziel sein. Das bleibt unser Ziel, und zwar völlig egal, was uns die Leitlinien im Übrigen noch sagen. Ich denke, das ist absolut im Interesse der Kommission. Das wissen wir. Wir werden dieses Schritt für Schritt tun.

Herr Licht, die Zeit ist knapp, Sie wissen das auch. Wenn wir heute diesen Nachtrag verabschieden, müssen wir genauso mit Hochdruck daran weiterarbeiten, den Flughafen Hahn entsprechend aufzustellen. Ich bin optimistisch; denn wir haben ein gutes Einvernehmen zwischen dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium, der Geschäftsführung und der Kommission, dass wir diesen Weg gehen.

(Licht, CDU: Sie verlangen von uns eine Zustimmung – – –)

– Herr Licht oder meine sehr geehrten Herren und Damen von der CDU, Sie haben fünf Punkte genannt. Ich kann Ihnen noch einmal versichern, wir gehen keinen Schritt, ohne ihn mit der Kommission zu besprechen. Wir sind in unentwegtem Kontakt und im Prozess mit der Kommission.

Das Zweite betrifft die 80 Millionen Euro. Das ist eine Zwischenfinanzierung für den Hahn. Wir werden, wie wir es zugesagt haben, im Haushalts- und Finanzausschuss darüber Auskunft geben, unter welchen Bedingungen, warum, wieso welche Summen ausgezahlt werden. Wir sind mit diesem Weg bei der Kommission zugange. Ich hoffe, dass wir das genauso hinbekommen, wie wir das hier besprechen.

Wenn es Probleme gibt, dann machen wir es genauso transparent, wie wir im Moment unseren Weg transparent machen, den wir gerade konstruktiv besprechen.

Ich lasse die wichtigen Themen „Kita“ und „Hochschulen“ weg. Dazu ist alles Wichtige gesagt worden. Die

Konzentration der Opposition war ganz und gar auf den Hahn ausgerichtet. Es ist mir wichtig zu sagen, Sie mahnen Transparenz im Verfahren an, Sie mahnen EU-Konformität an, Sie mahnen die Beteiligung des Parlaments an, all das sagt Ihnen die Landesregierung zu. Wir werden selbstverständlich die Neustrukturierung des Hahn vor dem Hintergrund der Flughafenleitlinien intensiv mit den Abgeordneten und natürlich auch mit der Kommission beraten.

Meine sehr verehrten Herren und Damen, deshalb ist Ihre Forderung kein Grund, dem Nachtragshaushalt nicht zuzustimmen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Schnabel:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Frau Kollegin Klöckner das Wort.

Abg. Frau Klöckner, CDU:

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Frau Ministerpräsidentin, Sie verlangen von uns eine Zustimmung zu einem Konzept, das Sie selbst noch nicht kennen.

(Pörksen, SPD: Was ist denn das schon wieder?)

Sie sprachen davon, wir sollen vorab für eine Zwischenfinanzierung – das ist eine interessante Formulierung –, die Sie jetzt für 80 Millionen Euro bzw. 86 Millionen Euro haben wollen – – –

(Ministerpräsidentin Frau Dreyer: Das habe ich schon einmal im Plenum gesagt!)

Ich bitte um ein bisschen Redlichkeit im Umgang mit unserer Auseinandersetzung.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD: Oh!)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich habe die Liste, die Sie mir übermittelt haben, hier vorliegen.

(Ramsauer, SPD: Warum bitten Sie?)

In der Liste sind neun Darlehen mit Laufzeiten einzeln aufgeführt und als solche ausgewiesen. Diese haben wir unserer Rechnung zugrunde gelegt. Dass darüber hinaus in dem unteren Bereich – – – Man muss sich das ganz genau anschauen. Das ist die Liste, die Sie mir vorgelegt haben. Herr Lewentz hat eine erweiterte Liste vorgelegt. Zwischen den beiden unterschiedlichen Listen muss man unterscheiden.

(Staatsminister Lewentz: Sie haben bis 2021 erbeten, das war doch Ihr Wunsch!)

– Herr Lewentz, ich beschreibe es nur, weil es zwei verschiedene Listen sind, die, soweit ich sehen kann, aufgeklappt werden.

Dass darüber hinaus in dem unteren Bereich – darauf kommt es an – ein weiteres Darlehen dargestellt ist, ist an keiner Stelle auf dieser Liste erkennbar. Es ist Ihre Aufgabe, dass klar lesbare und nachvollziehbare Listen der Opposition zur Verfügung gestellt werden. Wir haben uns damit einverstanden erklärt.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Man muss lesen können! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Das war ein Zugehen auf Sie.

Wenn der Kollege von den GRÜNEN sagt, man muss lesen können, dann weiß ich nicht, ob Sie Geschwärztes lesen können. Vielleicht liegt Ihnen eine andere Liste als uns vor. Das als solches ist auch ein Problem.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Das ist unverschämt, das nehmen
Sie zurück!)

Deshalb bitte ich, bei der Redlichkeit zu bleiben. Wenn wir eine Liste derart geschwärzt bekommen – das ist der Punkt, nicht dass sie geschwärzt ist, das haben wir mitgenommen –, dass das, was als zusätzlicher Finanzbedarf als solcher nicht erkennbar ist, dann stellt das einige Fragen in den Raum.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Bodenlose Frechheit, was Sie hier
von sich geben!)

Ich sage ein Zweites.

Herr Wiechmann, Sie haben meine Liste gar nicht gesehen. Ich weiß nicht, ob Sie die haben.

Wir haben die Gesprächsangebote der Regierung angenommen. Wir haben viele Fragen dazu gestellt. Auffällig ist eines. Bisher konnte uns aus der Regierung niemand konsistent erklären, wie sich die 86 Millionen Euro für die Jahre 2013 und 2014 ergeben. Es geht immer um die Jahre 2013 und 2014. Weder auf dieser Tabelle noch auf der anderen Tabelle ist die Addition für 2013 und 2014 86 Millionen Euro.

(Glocke des Präsidenten)

Keiner der Redner hat das bis heute deutlich gemacht oder erklärt, dass man etwas ganz anderes vorhat.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Ich erteile Herrn Kollegen Schreiner das Wort.

(Zuruf von der SPD: Das
muss auch noch sein!)

Abg. Schreiner, CDU:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vertrauen ist gut, parlamentarische Kontrolle ist besser.

(Beifall der CDU)

Deshalb ist erstens gemäß Landeshaushaltsordnung im Nachtrag nur der voraussichtliche Bedarf 2013 zu veranschlagen und nicht all das, was sich die Landesregierung darüber hinaus noch wünscht.

Deshalb sind zweitens alle Gegenfinanzierungen im Haushaltsgesetz zu verankern und nicht in das Ermessen der Landesregierung zu stellen oder nach dem Willen der Regierungsfractionen auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben.

Deshalb werden wir drittens die Konformität jedes einzelnen Schrittes am Flughafen Hahn mit dem EU-Beihilferecht genau überprüfen.

Die Zusage von Frau Dreyer, nur im Einvernehmen mit der EU Geld zu überweisen, ist vielleicht ein erster Erfolg des Bemühens der CDU.

(Beifall der CDU –
Frau Brede-Hoffmann, SPD: Oh!)

– Ja.

Deshalb werden wir viertens weiter kritisieren, wenn die Landesregierung das Parlament aus unserer Sicht nicht transparent informiert.

Fangen wir deshalb auch mit der Informationspolitik an. Herr Bundestagspräsident Lammert hat gestern Georg Wedekind, einen Revolutionär aus Tagen der Mainzer Republik, zitiert. Ich möchte noch ein Zitat dieses Revolutionärs ergänzen. Es ist 220 Jahre alt, hier an diesem Ort gesprochen und irgendwie dann doch bis heute aktuell.

Zitat: Stellt Euch einen recht geschickten Hofrat vor. Alle Tage besucht dieser Mann eine geheime Gesellschaft, die Regierung. Was aber sollen diese Leute in ihren Stuben tun? Sie sollen darin den Willen des Volkes, ich meine, das Gesetz handhaben. Darf das aber heimlich geschehen? – Nein. So etwas heimlich zu tun, macht den Verdacht rege, als wolle man das Volk betrügen.“

Warum muss ich bei diesem Zitat vom geheimnistuerischen Hofrat an Finanzminister Dr. Kühl denken?

(Zurufe von der SPD)

– Ich erkläre es Ihnen.

Wenn ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen am Freitagmorgen

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

– Herr Pörksen – beim Frühstück gefragt hätte, warum die Landesregierung 86 Millionen Euro für den Flughafen Hahn will, dann hätten Sie alle unisono geantwortet,

mit dem Geld sollen endfällige Kredite und Zinsen bezahlt werden.

Seit der eilig einberufenen Pressekonferenz von Herrn Hering und Herrn Köbler wissen wir mehr. Wenn ich Sie beim Freitag beim Mittagessen gefragt hätte, warum die Landesregierung 86 Millionen Euro am Hahn ausgeben will, dann hätten Sie gesagt, ich weiß es nicht so genau, aber es sollen auch Verluste aus dem laufenden Geschäft abgedeckt werden.

Der Herr Finanzminister informiert uns als Fraktion – das ist richtig – nach Beschluss des Nachtrags im Kabinett am gleichen Tag in der Fraktion. Dazu kein Wort!

Der Herr Finanzminister informiert uns alle in der Plenarsitzung. Sie waren alle Zeugen. Ich weiß nicht, was bei Ihnen hängen geblieben ist. Bei mir ist hängen geblieben, es geht um endfällige Kredite und um deren Zinsen, und nicht um laufende Verluste.

(Beifall der CDU)

Der Herr Finanzminister informiert uns in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung. Viele von uns, ich selbst, haben sehr viele Fragen gestellt. Richtig, die Landesregierung hat sehr viele Antworten gegeben. Das ist auch richtig. Aber aus diesen Antworten zu schließen, es gelte, laufende Verluste mit den 86 Millionen Euro auszugleichen, auf die Idee muss man erst einmal kommen.

(Beifall bei der CDU)

Eine Frage von mir in der Haushalts- und Finanzausschusssitzung war, wie viel Geld der Hahn in der Summe braucht, um 2013 seine Kredite, Zinsen und Tilgung, zu bedienen. Die Antwort war diese Tabelle, die nun schon mehrfach Gegenstand der Beratungen war, eine schlecht eingescannte, unleserliche Excel-Datei voller Schwärzungen. Das Ganze gab es dann noch einmal in DIN A 3. Der Scan wurde dadurch nicht besser.

Worauf ich hinaus will, ich als Abgeordneter Gerd Schreiner muss mir zurechnen lassen, dass ich mir diese Tabelle habe bieten lassen. Aber was sich die Landesregierung zurechnen lassen muss, ist, dass diese Information für uns als Abgeordnete nicht transparent war. Eine umfassende Information des Parlaments sieht anders aus.

(Beifall der CDU)

Das eigentliche Problem ist gar nicht diese Tabelle. Das eigentliche Problem ist ein unverantwortlicher Zeitdruck. Ohne Not hat die Landesregierung mit diesem Nachtragshaushalt einen unverantwortlichen Zeitdruck erzeugt. Alle Fakten sind der Regierung seit Jahren bekannt. Dass Ende dieses Monats 12,7 Millionen Euro Tilgung für einen Kredit fällig werden, ist bekannt, seitdem dieser Kreditvertrag geschlossen worden ist. Sie wussten das nicht, wir wussten das nicht, aber die Landesregierung wusste das.

(Beifall bei der CDU)

Der einzige Grund, warum wir diesen unverantwortlichen Zeitdruck und diesen riesigen Zahlensalat haben und wir uns beschweren müssen, weil wir uns nicht transparent informiert fühlen, ist der, dass die Ministerpräsidentin sich ihren Einstand vor ein paar Wochen nicht mit ein paar schlechten Zahlen und einem Nachtrag vermässeln und belasten wollte.

(Beifall der CDU)

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, was bleibt von diesem Nachtrag?:

1. Es bleibt, dass Ihre Regierung nicht sauber kommuniziert, wenn es um Geld geht.

2. Es bleibt – das muss ich auch sagen –, dass wir aus meiner Sicht verkürzten Beratungsfristen nicht mehr zustimmen können. Vertrauen ist gut, parlamentarische Kontrolle ist besser, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Damit kommen wir zum Thema „Gegenfinanzierung“. Mit den Hahn-Hilfen oder beispielsweise der längst überfälligen Förderung des U3-Ausbaus setzt der Haushalt neue Schwerpunkte. Große Summen werden bewegt. Gleichwohl macht dieser voraussichtliche Mehrbedarf im Jahr 2013 gerade einmal acht Tausendstel der Gesamtausgaben des rheinland-pfälzischen Landeshaushalts aus.

Herr Pörksen, das Versprechen der Landesregierung, sich zu bemühen, das zusätzliche Geld bereits im laufenden Jahr im Rahmen der Mittelbewirtschaftung einzusparen, kostet Sie, liebe Frau Dreyer, nicht viel, insbesondere angesichts bester Steuereinnahmen.

Umso mehr war ich erschüttert, im Haushaltsbegleittraktat von SPD und GRÜNEN zu lesen, dass die Regierungsfaktionen hinter diesen Vorstellungen der Landesregierung sogar noch zurückbleiben.

Nicht in diesem Jahr soll das Geld für die neuen Schwerpunkte eingespart werden, nein, Rot-Grün, Ihren Fraktionen, reicht es, wenn es in den nächsten Haushaltsjahren gegengespart wird.

Meine Damen und Herren, die uns, dem rheinland-pfälzischen Landtag, anvertrauten Mittel sind nicht unser Geld. Das ist das Geld der Menschen in diesem Land, mit dem wir besonders sorgfältig und sparsam umgehen müssen.

(Beifall der CDU –

Zuruf des Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

– Sonst fällt Ihnen kein Argument mehr ein, Herr Steinbach? – Vielen Dank.

Aber das ist genau das Problem dieser Beratungen. Wissen Sie, was mich an diesen Beratungen stört? – Wir reden nicht über die Sachfragen, wir reden nicht über die Zukunft des Konzeptes Hahn, wir reden nicht über die Frage, wie wir es schaffen können, dass der Hahn fliegt, stattdessen werden die Beratungen von den Regie-

rungsfraktionen durch völlig unsachliche Anwürfe gegen die Opposition belastet.

(Beifall bei der CDU –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Deshalb sage ich noch einmal und stehe dazu, der einzige richtige Weg, Mehrausgaben in 2013 gegenzufinanzieren, ist deshalb, auch die Ausgabenermächtigungen der Landesregierung per Haushaltsgesetz, per Gesetz mit diesem Haushalt an anderer Stelle in entsprechender Höhe abzusenken. Wir brauchen angesichts guter Steuereinnahmen keine neuen zusätzlichen Schulden auf den Schultern unserer Kinder und Enkel.

(Beifall bei der CDU)

Vertrauen ist gut, parlamentarische Kontrolle ist besser. Ihre Idee mit dem Sperrvermerk ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Besser Sie stimmen gleich unseren Gegenfinanzierungen zu.

Damit komme ich zu den eigentlichen Mehrausgaben.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir spannen mit diesem Nachtragshaushalt für den Flughafen Hahn einen Rettungsschirm auf. Aber wir wollen, dass der Hahn fliegt. Der Hahn soll fliegen, und er soll nicht an einem Rettungsschirm auf dem Boden aufschlagen. Wir wollen eine positive Prognose für den Hahn, die Rot-Grün mit Nullwachstum und der Verweigerung zusätzlicher Investitionen in die Infrastruktur – das war ein Punkt, an dem ich Ihren Entschließungsantrag überhaupt nicht verstanden habe – zerstört. Wo Sie eine positive Prognose auf der einen Seite aufbauen, reißen Sie sie mit der anderen Hand nieder, wenn Sie auf der einen Seite Geld geben wollen, damit es eine positive Entwicklung gibt, und auf der anderen Seite Geld für Investitionen verweigern wollen, von denen Ihnen der Geschäftsführer am Hahn schon gesagt hat, dass sie dringend erforderlich sind. Natürlich haben wir, wenn das Zukunftskonzept steht, vielleicht noch private Partner mit im Boot. Aber heute schon kategorisch auszuschließen, dass dieses Land nie wieder Geld für den Hahn geben soll, verstehe ich nicht.

Es ist so etwas von weltfremd, ein Unternehmen retten zu wollen, aber ihm nie wieder Geld für irgendwelche Investitionen geben und ihm auch noch Nullwachstum verordnen zu wollen. So kann man ein Unternehmen nicht führen.

(Beifall der CDU)

Das ist Staatswirtschaft. Wozu das in diesem Land geführt hat, haben wir schon an anderer Stelle gesehen.

Wie gesagt, wir wollen Innovation; wir wollen ein tragfähiges Geschäftsmodell. Allein deshalb, aber auch vor dem Hintergrund des Haushaltsrechts ist die Beschränkung der neuen Ausgabeermächtigungen auf die noch in diesem Jahr erforderlichen Mittel notwendig.

Es sollen aber 86 Millionen Euro 2013 für die beiden Haushaltsjahre 2013 und 2014 – so lautet die Aussage –

bereitgestellt werden. Nach der Landeshaushaltsordnung sind grundsätzlich alle Investitionsausgaben übertragbar. So weit, so gut. Kann man also Mittel für 2014 schon 2013 veranschlagen? – Nein, das Gebot der absehbaren Kassenwirksamkeit ist hier vorrangig. Deshalb sorgt allein der Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion für die notwendige Rechtssicherheit. Er legt die ausreichenden Barmittel für 2013 und ebenso ausreichende Verpflichtungsermächtigungen für 2014 fest. Allein das schafft die unbezweifelbare Grundlage für eine rechtskonforme Auszahlung der Mittel in beiden Jahren.

Nun könnte man argumentieren, dass es der Option einer vorzeitigen Ablösung aller Verbindlichkeiten schon in diesem Jahr bedarf. Auch dieses Argument zieht aber nicht; denn zum einen müsste die Wirtschaftlichkeit eines solchen Vorgehens nachgewiesen werden, da Vorfälligkeitsgebühren fällig werden.

Zum anderen gilt aber das Durchführungsverbot der EU im Zuge des Beihilfeverfahrens. Das ermöglicht ausschließlich die für den Weiterbestand des Flughafens unabdingbaren Leistungen. Dieses Verfahren wird nach Beschluss der Flughafenleitlinien irgendwann im Herbst abgeschlossen sein. Vorher gibt es keine Option auf vorzeitige Ablösung irgendeines Kredites. Es gibt sie nicht! Je länger man darüber nachdenkt, umso mehr drängt sich die Vermutung auf, dass dieser Nachtragshaushalt entworfen wurde, bevor auch nur ein Wort mit der EU-Kommission gesprochen worden ist.

(Pörksen, SPD: Immer die blöden
Unterstellungen!)

Zum Schluss noch einige wenige Worte zu den weiteren Schwerpunktsetzungen.

Beim Ausbau der frühen Förderung hätte die Landesregierung schon längst mehr tun können und müssen.

(Beifall der CDU)

Schon im laufenden Doppelhaushalt, als auf Druck der Opposition die Verpflichtungsermächtigungen zugunsten der Kommunen in den Haushalt aufgenommen worden sind, hätten Sie damals die notwendigen Mittel in den Haushalt einstellen müssen. Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, bisher haben Sie die Kommunen in dieser Frage alleingelassen. Insofern ist eine Kofinanzierung der Bemühungen der Kommunen durch diese zusätzlichen Haushaltsmittel richtig. Ohne Gegenfinanzierung sind sie aber wertlos. Kleine Kinder sollen über Schulden ihre eigene Kindertagesstätte finanzieren. Das, wie gesagt – ich wiederhole mich –, in einem Jahr mit guten Steuereinnahmen.

Auch die Hochschulen sind chronisch unterfinanziert. Da hilft ihnen die Zuführung zu einem sogenannten Sondervermögen nicht. Die verkehrte Welt besteht darin, dass derzeit knapp 500 Millionen Euro in diesem Sondervermögen liegen. Das ist weit mehr, als 2013 und in den Folgejahren abfließen dürfen. Das sogenannte Sondervermögen ist ein Tresor, aber den Hochschulen gibt man nicht den Schlüssel, um an dieses Geld heranzukommen.

Ich lasse die ganze haushaltsrechtliche Problematik, dass wir kreditfinanzierte Sondervermögen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus ablehnen, außen vor. Entscheidend ist, wenn Sie den Hochschulen mehr Geld geben wollen, nützen ihnen diese 30 Millionen Euro, die Sie in dieses Sondervermögen einstellen, wodurch es sich von 488 auf 518 Millionen Euro erhöht, gar nichts. Sie müssen ihnen das Geld so geben, dass es bei den einzelnen Hochschulen im Lande ankommt.

(Beifall der CDU)

Die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss zeigen, dass nie geplant war, dass Geld abfließt. Auf meine Frage, warum als dringender Bedarf weitere 30 Millionen Euro in diesem Jahr dem Sondervermögen zugeführt werden sollen, antwortete die Bildungsstaatssekretärin, man wolle Geld ins Schaufenster stellen und hoffe, dass der Bund ebenfalls mehr Geld zur Verfügung stelle.

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, dieses hoch verschuldete Land, unsere chronisch unterfinanzierten Hochschulen haben kein Geld zu viel, um es ins Schaufenster zu stellen, dies einmal ganz abgesehen davon, dass das wegen des vorhin erwähnten Prinzips, dass nur der voraussichtliche Bedarf zu etatisieren ist, gar nicht geht.

Sehr verehrte Frau Staatssekretärin, darüber hinaus führen Sie uns mit dieser Formulierung erneut in die Irre. Es geht gar nicht darum, des Bundes wegen Geld ins Schaufenster zu stellen. Der Bund hat nämlich schon längst reagiert. Für den zusätzlichen Aufwuchs der Studierendenzahlen sind bereits Bundesmittel in Höhe von 600 Millionen Euro veranschlagt.

(Staatsminister Dr. Kühl: Ach!)

Der rheinland-pfälzische Anteil sind die bewussten 30 Millionen Euro.

(Staatsminister Dr. Kühl: Wann ist das denn entschieden worden?)

Das wussten Sie!

(Hering, SPD: Wann denn?)

Das wusste insbesondere Frau Ahnen als Vorsitzende der gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern, in der die Kultusminister der Länder und die Bundesbildungsministerin zusammensitzen.

(Hering, SPD: Wann ist das denn entschieden worden? Wann denn?)

Auch hier wollten Sie uns in die Irre führen. Damit wird deutlich, dass die Äußerungen der Landesregierung, man werde dafür kämpfen, dass der Bund seinen zusätzlichen Anteil für die Hochschulen leiste, aus der Luft gegriffen sind. Der Bund leistet seinen Teil. Es geht hier um Rhetorik im Vorwahlkampf. Ergo, Vertrauen ist gut, parlamentarische Kontrolle ist besser.

Wir sind alle nicht gewählt, um einer Regierung blind zu vertrauen. Dafür haben unsere Vorfäter, an die wir gestern erinnert haben, nicht gekämpft. Es geht um Gewaltenteilung, und es geht um Kontrolle. Es geht um Kontrolle der Regierung durch das Parlament, durch die Regierungsfractionen und die Opposition. Unsere Haushaltsanträge ermöglichen diese Kontrolle. Stimmen Sie ihnen zu!

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Wansch das Wort. Ihnen steht noch eine Redezeit von 11 Minuten zur Verfügung.

Abg. Wansch, SPD:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Redebeitrag des Kollegen Schreiner hat mit Sicherheit nicht zur Aufklärung beigetragen und mit Sicherheit nicht das widergespiegelt, was wir bei den bisherigen Beratungen des Nachtragshaushalts gerade im Haushalts- und Finanzausschuss erlebt haben.

Herr Kollege Schreiner, Sie haben den Hinweis gegeben, Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

(Schreiner, CDU: Parlamentarische Kontrolle!)

– Parlamentarische Kontrolle. Genau. Danke.

Was hat Ihnen denn die Regierung angeboten, wenn ich Sie als CDU-Vertreter so ansprechen darf? – Sie hat nicht nur Ihnen persönlich, nein, sie hat uns allen angeboten, uns klar darzulegen, wie die einzelnen Schritte verlaufen, und angeboten, uns in das Verfahren einzubinden. Der Nachtragshaushalt ist so übersichtlich gestaltet, dass er auf ein Blatt passt, wenn man die Haushaltsstellen zusammenschreibt.

Es sind dort – ich möchte das der Vollständigkeit halber erwähnen, weil sich die heutige Debatte so sehr auf den Hahn konzentriert – die Kindertagesstätten mit 56 Millionen Euro enthalten. Wir gehen an dieser Stelle den nächsten Schritt, um die Spitzenposition, die Rheinland-Pfalz im Bereich der westdeutschen Bundesländer beim Ausbaugrad und bei der Sicherstellung der Versorgung einnimmt, weiterentwickeln zu können. Das ist etwas, was sich im Laufe des Jahres gezeigt hat. Das findet seinen Niederschlag im Nachtragshaushalt.

Wir kommen unseren humanitären Verpflichtungen nach, die per Urteil definiert wurden. Weitere 8 Millionen Euro sind im Haushalt veranschlagt.

Herr Schreiner, es geht auch um die Planungssicherheit für die Hochschulen.

Das Sondervermögen „Wissen schafft Zukunft“ in Höhe von 30 Millionen Euro soll diese Planungssicherheit erhalten.

Wenn Sie jetzt in Ihrem Beitrag an dieser Stelle eine eigene Definition aufmachen und sagen, das wäre nicht notwendig, dann verkennen Sie die Finanzierung dieses Hochschulpakts; denn das ist der Grund, warum die 30 Millionen Euro bereitgestellt werden müssen: Herr Schreiner, die Universitäten brauchen die Zu- und Aussage des Landes, für diese 30 Millionen Euro bereitzustehen, damit die CDU geführte Bundesregierung ihren Verpflichtungen nachkommt und an den Hochschulen die Finanzierung gewährleistet. Das ist die Begründung und nicht das, was Sie gesagt haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Es geht um den Flughafen Hahn, ja.

(Schreiner, CDU: Zugegeben!)

Es geht um die Sicherstellung des Betriebs, um die Möglichkeit zu eröffnen, ein Zukunftskonzept zu gestalten.

Ich habe mir notiert, dass Frau Ministerpräsidentin Dreyer in der entsprechenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses von einem Zwischenschritt zu einer Sicherstellung des Flughafens Hahn sprach. Heute sprach sie von einer Zwischenfinanzierung. Es geht um die Sicherstellung der Liquidität, um die mehrfach zitierten 80 Millionen Euro.

Wenn in diesem Zusammenhang von überraschenden neuen Erkenntnissen gesprochen wird, bin ich überrascht, wie man solche Schlüsse aus diesen Aussagen im Haushalts- und Finanzausschuss ziehen kann.

Es wurde eindeutig dargelegt, wie sich die Beträge errechnen: brutto 86 Millionen Euro, netto 80 Millionen Euro. Der Finanzminister hat das klar dargestellt. Er hat an der Stelle den nächsten Schritt gemacht – die Regierungschefin hat es benannt –, die Details der Finanzierung der Gesellschaft offengelegt und Ihnen die Listen zur Verfügung gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die im Haushalts- und Finanzausschuss mit dabei waren, vielleicht erinnern Sie sich noch, dass ich dort die Frage nach der Vertraulichkeit gestellt habe, weil es nicht ganz einfach aus Unternehmenssicht ist, die Daten bereitzustellen.

(Staatsminister Lewentz: Ja!)

Trotzdem hat der Innenminister gesagt, jawohl, wir stellen allen diese Informationen bereit. Jetzt zu sagen, die Tabelle sei nicht lesbar oder nicht klar erkennbar gewesen oder man konnte sie nicht zuordnen, dann kann ich aus meiner Sicht nur feststellen, anscheinend können Sie weder lesen noch rechnen; denn ansonsten wären die Zahlen nicht erkennbar oder darlegbar.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Pörksen, SPD: Zu viel Schwarz auf
der Liste! Ganz einfach!)

Es ist darüber hinaus Auskunft gegeben worden, wie man das Ganze in Zukunft gestalten will. Es ist sehr umfangreich dargelegt worden, welche Gespräche mit der EU geführt werden. Jetzt zu behaupten, es hätte nach Ihrer Einschätzung keine Gespräche gegeben, ist genauso falsch wie Ihr Zahlenwerk, das Sie vorgelegt haben.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Die Gespräche laufen. Sie sind deutlich von dem zuständigen Mitarbeiter in der entsprechenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses benannt worden. In Abstimmung mit der EU-Kommission – das hat die Ministerpräsidentin in dieser Sitzung erklärt – wird jeder weitere Schritt erfolgen.

Wie viel mehr Klarheit wollen Sie denn noch? Wie viel mehr Kontrolle durch den Haushalts- und Finanzausschuss wollen Sie denn noch?

(Pörksen, SPD: Nebelkerzen schmeißen
Sie dort hin! –
Licht, CDU: Die Diskussion werden
Sie noch weiter mitbekommen!)

Es geht jetzt darum, ein klares deutliches Signal für den Flughafen Hahn, für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort am Flughafen zu setzen: Wir stehen zum Flughafen Hahn. Es geht um nichts anderes.

Das ist das, was sich hinter den veranschlagten Zahlen verbirgt, die Sie jetzt im Nachtragshaushalt finden. Alles andere, die Diskussion um Veranschlagungsgrundsätze und die Frage der Kassenwirksamkeit, können Sie hinten anstellen.

Sie haben sich in vielen Punkten selbst widersprochen, alleine wenn ich Ihre Aussage nehme, ja, wir sind bereit, kurzfristig zusammenzukommen und neu zu beraten und schnell Geld bereitzustellen. Das ist keine belastbare Aussage, um ein Unternehmen in die Zukunft zu führen.

Wir stehen dazu, dass im Haushalt klare Daten und Fakten genannt werden und erkennbar ist, es geht nicht nur um ein paar Wochen oder Monate, sondern darum, dass der Flughafen Hahn eine Zukunftsperspektive und, wenn die Flughafenleitlinie vorliegt, die Möglichkeit hat, seine Zukunft zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz besonders von der CDU, stimmen Sie diesem Nachtrag zu, stimmen Sie damit nicht nur für den Ausbau der Kindertagesstätten, stimmen Sie nicht nur für die Planungssicherheit der Hochschulen, stimmen Sie nicht nur für humanitäre Verpflichtungen, die wir damit erfüllen, stimmen Sie auch für die Zukunft des Flughafens Hahn, stimmen Sie für die Menschen dieser Region.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Vizepräsident Schnabel:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Kollege Steinbach das Wort.

(Reichel, CDU: Um Gottes willen!)

Herr Kollege, Sie haben noch eine Redezeit von 9 Minuten.

Abg. Steinbach, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Gäste! Die Landesregierung begegnet mit ihrer Vorlage des Nachtragshaushalts den drängenden Problemen und Fragestellungen, die sich im Land stellen. Sie wird damit der Aufgabe, die an sie gestellt ist, gerecht. Von daher werden wir dieser Vorlage mit einer Änderung unsere Zustimmung erteilen, meine Damen und Herren.

Die Änderung umfasst einen ausgebrachten Sperrvermerk in Kapitel 20 04 Titel 831 01 „Erwerb und Erhöhung von Beteiligungen“ gemäß § 22 der Landeshaushaltsordnung“.

Um diese Mittel tatsächlich auszugeben, wird eine Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses notwendig sein. Wir sind der Auffassung, dass die konkrete Ausgabe noch einmal einer erneuten Darlegung und Diskussion bedarf. Wir kommen so dem Anspruch nach, wirtschaftlich und sparsam zu handeln, meine Damen und Herren.

Wir haben außerdem zur Darstellung der Zielsetzung und der Prioritäten, die wir verfolgen, bei den Haushaltsberatungen und der -verabschiedung einen begleitenden Entschließungsantrag eingereicht, der deutlich macht, welche Erwartungen wir an die Landesregierung mit der Verabschiedung des Haushalts verknüpfen.

Dieser umfasst die wesentlichen Aufgabenbereiche und erläutert noch einmal unsere ausdrückliche Unterstützung für das, was die Landesregierung vorgelegt hat, verbindet dies aber auch mit deutlichen Erwartungen, die wir vor allen Dingen im Bereich des Flughafens Hahn an die weiteren Problemlösungen stellen, meine Damen und Herren.

Kommen wir nun zum traurigsten Kapitel, den Vorschlägen der CDU.

Meine Damen und Herren, die Änderungsanträge der CDU sind keine Alternative zur Vorlage durch die Landesregierung. Sie sind Flickschusterei, unvollständig, technisch falsch, verfassungsrechtlich bedenklich und widersprechen den Zielsetzungen, die Sie in Ihrem eigenen Entschließungsantrag wiedergeben.

Meine Damen und Herren, Sie verwechseln effektiv mit effekthascherisch. Das ist Ihr großes Problem, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Genau deswegen wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ihren Änderungsanträgen mit Sicherheit nicht ihre Zustimmung erteilen.

Meine Damen und Herren von der CDU, außerdem haben Sie einen Entschließungsantrag eingereicht, der bestimmte Teile weithin erläutert. Sie beschäftigen sich darin aber lediglich mit dem Flughafen Hahn, andere Teile waren Ihnen offensichtlich keiner Würdigung wert. Das ist schade angesichts der angesprochenen und vorangebrachten Themengebiete.

Ihr Entschließungsantrag ist äußerst umfangreich gestaltet und beleuchtet sehr umfänglich bestimmte Teile. Ich würde sogar sagen, Ihr Entschließungsantrag enthält manch Gutes und sogar manch Neues – nur das Neue ist nicht gut, und das Gute ist nicht neu, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit und Beifall des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Er wird der gesamten Aufgabenstellung des Haushalts nicht gerecht. Er enthält falsche Forderungen, wie beispielsweise eine ausdrückliche Festlegung auf weitere Straßenausbauprojekte rund um den Flughafen Hahn, ein reines Wachstumskonzept für den Flugverkehr – und das nennen Sie frecherweise auch noch nachhaltig. Sie sollten noch einmal nachsitzen, meine Damen und Herren. Deshalb wird auch der Entschließungsantrag absehbar keine Zustimmung bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN finden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sind ein bisschen von einer Form der Anmaßung von Wissen geleitet. Sie wissen angeblich so viel. Immer dann, wenn man Sie abklopft, wissen Sie angeblich so wenig, weil Sie so wenig Informationen haben.

Sie kennen angeblich den Finanz- und Liquiditätsbedarf. Deswegen wissen Sie auch besser als die Landesregierung und alle anderen, die im Haushalts- und Finanzausschuss am Freitag da waren, was dort hineinzugehen ist.

Gleichzeitig mussten Sie diese Zahlen korrigieren, weil Sie Absätze nicht addieren konnten.

Meine Damen und Herren, Sie haben einen Parteibeschluss und legen sich fest – Sie haben es eben von diesem Podium noch einmal wiederholt –, dass die Infrastruktur weitere Finanzierungsbedarfe habe und dort mehr in Infrastruktur ausgegeben werden müsse. Gleichzeitig sehe ich nicht einen einzigen Euro, den Sie dafür bereitstellen.

Erstens ist es falsch, und zweitens ist es mit finanziellen Mitteln nicht hinterlegt. Genau das ist es. Sie glauben und behaupten, es zu wissen. Meine Damen und Herren, diese Anmaßung leitet Sie dermaßen in die Irre.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und vereinzelt bei der SPD)

Herr Schreiner, dann haben Sie einmal mehr versucht, das Spiel des glaubwürdigen Haushalts aufzuziehen, und haben die nachfolgenden Generationen und ihre Belastungen angeführt. Das ist eine berechtigte Fragestellung, aber Sie gehen damit nicht seriös um. Sie werfen uns vor, keinen echten Sparwillen zu haben und das alles auf zukünftige Haushalte bzw. zukünftige Generationen zu übertragen. Was ist Ihre Gegenfinanzierung? 125 Millionen Euro globale Minderausgabe in einem laufenden Haushalt.

Meine Damen und Herren, Sie tragen doch sonst so gerne das Haushaltsrecht vor sich her. Werfen Sie doch einen Blick in Artikel 118 der Landesverfassung, in dem steht – den darf ich bestimmt mit Erlaubnis des Präsidenten zitieren –: „Der Landtag darf Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber dem Entwurf der Landesregierung oder dem festgestellten Haushaltsplan nur beschließen, wenn Deckung gewährleistet ist.“

Meine Damen und Herren, 125 Millionen Euro globale Minderausgabe sind keine ausreichende Deckung dafür. Das macht Ihr ganzes Vorgehen ganz offensichtlich verfassungswidrig, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD –
Schreiner, CDU: Wie ist eure Deckung?)

Von daher ist es nicht zustimmungsfähig.

Ich verweise auch gerne noch auf einen weiteren Punkt, den Sie auch angeführt haben. Herr Schreiner, Sie haben sich bitterlich über die Minderfinanzausstattung für die Hochschulen beschwert. Sie haben der Presse vorgelegt, Sie würden die 30 Millionen Euro Sondervermögen für die Hochschulen streichen. In der Pressevorlage habe ich das gelesen. Das Einzige, was fehlt, ist Ihr Deckblatt dazu. Jetzt können Sie mir erklären: Oh, das haben wir leider vergessen! – Technisch passiert Ihnen offensichtlich ab und zu so etwas. Das Einzige, was aber tatsächlich bei dem fehlenden Deckblatt fehlt, ist, dass Sie dafür keine ausreichende Nettokreditaufnahme vorgesehen haben. Nur wenn das Deckblatt vorliegt, ist auch die Kreditaufnahme entsprechend abzusenken.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Sie streichen die Nummern 1 und 2, dabei korrigieren Sie in Ihren Deckblättern nicht die Ausgaben und damit auch die erforderliche Nettokreditaufnahme. Das ist handwerklich so dermaßen schlecht, dass es unerträglich ist, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte die Landwirte nicht beleidigen, aber da, wo ich herkomme, sagt man: „Wenn d' Bauer nit schwimme koa, isch d' Badhos schuld“. Genau das trifft auf Sie und Ihre Haushaltspolitik zu, meine Damen und Herren. Gehen Sie in sich.

(Heiterkeit und Beifall des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN und bei der SPD –
Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Als Letztes kommt dann auch noch unser Lieblingsprojekt, über das Sie sich gerne so lange und ausführlich ereifern, der Liquiditätspool. Dann machen Sie etwas, das ich nun gar nicht verstehen kann. Sie haben den von Ihnen benannten Experten Herrn Professor Dr. Rossi in der Anhörung mit einer Fragestellung für den konkreten Haushalt ausgestattet und haben gesagt – schnell noch hereingeschoben –, er möge doch bitte begutachten, ob diese 51 Millionen Euro denn so in Ordnung seien. –

Dann hat Herr Professor Dr. Rossi ausgeführt: Oh, das begegnet erheblichen beihilferechtlichen Bedenken. – Dann machen Sie eine Erläuterung, indem Sie unten hineinschreiben, dass Sie den Rechtscharakter dieses Kredits ändern, um genau dem zu widersprechen. Ich verstehe Sie nicht. Entweder glauben Sie Ihrem Experten nicht, Sie haben es nicht gelesen, oder Sie haben es nicht verstanden.

(Hering, SPD: Alles drei!)

Wir hingegen haben klar ausgeführt, dass der Rechtscharakter sich nicht ändert, indem wir es im Haushalt aufzeigen. Diesen Fehler haben Sie gemacht. Ich verstehe das nicht. Es ist inkonsistent, zeigt aber einmal mehr die Qualität, mit der Sie mit Haushaltsfragen umgehen, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der SPD)

Damit gilt einmal mehr für die Haushaltspolitik der CDU: Wahr und klar, wie das alles zu sein hat, ist das nicht, eher sprunghaft, windig und nicht ganz seriös.

Meine Damen und Herren, weil das so ist, wie es ist, ist es gut, dass die Wählerinnen und Wähler uns die Verantwortung in diesem Land anvertraut haben und nicht Ihnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der SPD)

Vizepräsident Schnabel:

Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Kühl.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein Nachtragshaushalt ist keine Routine, aber er ist auch nichts Ungewöhnliches. Wir müssen diesen Haushalt kurzfristig verabschieden. Dafür haben wir diesem Parlament zu danken.

Aber dass Nachtragshaushalte kurzfristig verabschiedet werden, ist ebenfalls nichts Ungewöhnliches; denn könnte man sie langfristig planen, könnte man es im regulären Haushaltsverfahren abwickeln.

Das Volumen, um das es hier geht, nämlich 242 Millionen Euro, ist ebenfalls in Relation zu den Bruttoausgaben des Haushaltes alles andere als ungewöhnlich.

Die Fraktionsvorsitzende der CDU klagt ein, wir sollten uns an den Haushaltsgrundsätzen orientieren. Natürlich tun wir das. Sie mahnt den Grundsatz der Bestimmtheit an und moniert, wir würden erzählen, dass wir Zwischenfinanzierungen vornehmen möchten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, manche sagen Zwischenfinanzierung, manche sagen Liquiditätskredit, andere sagen Betriebsmittelkredit. Es ist das Gleiche. Fragen Sie einfach nach, wenn es Ihnen komisch vorkommt, aber stellen Sie keine Behauptung auf, wir würden gegen hehre Haushaltsgrundsätze sprechen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Zahlen. Lieber Herr Schreiner, dass Sie hier so panisch reagieren,

(Schreiner, CDU: Ich?)

kann ich fast verstehen.

(Hering, SPD: Wir auch!)

Ihre Fraktion sucht einen Schuldigen, und sie hat offensichtlich Sie ausgeguckt.

(Heiterkeit bei der CDU –
Schreiner, CDU: Was? Sehr interessant!)

Ich verstehe, dass Sie sich wehren. Aber ich muss sagen, das Verhalten, das Sie bei diesem sich Wehren seit 14 Tagen an den Tag legen, halte ich nicht für entschuldigbar.

(Dr. Mittrücker, CDU: Das Mainzer Unterhaus ist woanders!)

Es wäre ziemlich einfach gewesen, wenn Ihre Fraktion gesagt hätte, wir haben uns geirrt. Ich glaube sogar, das wäre sympathisch gewesen.

Ja, ich verstehe auch, dass man denjenigen oder diejenige, der bzw. die diese Deckblätter geschrieben hat, versucht zu schützen. Dann kann man auch sagen, es war vielleicht durch das Schwärzen nicht so ganz einfach, es zu verstehen. Aber für Sie, liebe Frau Klöckner, war etwas anderes viel einfacher. Sie haben sich hierhergestellt und behauptet, möglicherweise seien Sie als CDU-Fraktion bewusst falsch informiert worden.

(Präsident Mertes übernimmt den Vorsitz)

Harter Tobak!

(Pörksen, SPD: Frechheit!)

Das finde ich nicht nur peinlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist schlichtweg schlechter und mieser Politikstil.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Weil so etwas zum Glück nicht allzu häufig vorkommt und vielleicht auch in Zukunft nicht mehr allzu häufig vorkommen sollte, möchte ich schon auf die Chronologie der Dinge eingehen.

Am 26. Februar – die Ministerpräsidentin hat es erwähnt – bin ich gemeinsam mit dem Staatssekretär gebeten worden, noch während der Kabinettsitzung, in der wir diesen Nachtragshaushalt verabschiedet haben, in die CDU-Fraktion zu gehen, den Haushalt dort zu erläutern und für Fragen zur Verfügung zu stehen. Wir waren eine Stunde bei Ihnen und haben alle Ihre Fragen beantwortet und unter anderem erwähnt, dass es überwiegend um endfällige Kredite geht. Wir haben den Betrag von 67 Millionen Euro genannt. Dass die Gesamtkreditsumme 80 Millionen Euro netto war, lag augenfällig auf der Hand.

Am 6. März habe ich in diesem Haus den Nachtragshaushalt eingebracht und habe gesagt, dass nach den Planungen der Geschäftsführung der Liquiditätsbedarf der FFHG bis Ende 2014 gedeckt wird und er zum überwiegenden – das können Sie wörtlich nachlesen – Teil aus endfälligen Krediten besteht.

Na ja, wenn man 80 Millionen Euro netto aufnimmt und 67 Millionen Euro endfällige Kredite sind und einem dann nicht klar ist, was aber auch bereits in Ihrer Fraktion erläutert worden ist, dass es daneben einen Liquiditätsbedarf, Zwischenfinanzierungsbedarf oder Betriebsmittelkreditbedarf gibt, der einfach daraus resultiert, dass es jenseits der endfälligen Kredite eine Diskrepanz zwischen Erlösen und Kosten in diesem Unternehmen gibt, zu denen im Übrigen auch die Zinszahlungen gehören, dann muss man sich wundern, wenn nachher Behauptungen aufkommen, die mit der Realität wenig zu tun haben.

Jetzt können Sie noch sagen: Als Sie bei uns in der Fraktion waren, war noch alles neu. – In der Rede haben Sie nur diese Diskrepanz erklärt. Es gab eine Ausschusssitzung. Vor dieser Ausschusssitzung hat Ihnen offensichtlich die Ministerpräsidentin diese geschwärzte Liste zugeleitet, auf der alle endfälligen Kredite sind. Sie hatten Zeit, sich diese Liste anzuschauen. Sie war Gegenstand ausführlichster Erörterungen in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses in diesem Raum. Es ist danach gefragt worden, wie sich diese Kredite zusammensetzen und in welchen Jahren sie auftauchen. Es ist von 20 Millionen Euro und 47 Millionen Euro gesprochen worden.

Offensichtlich hat es Sie zu diesem Zeitpunkt gar nicht interessiert, dass es eine Diskrepanz zu 80 Millionen Euro gibt. Doch, es hat Sie interessiert. Ich weiß nicht, von wem die Frage kam, aber ich habe sie beantwortet. Ich habe gesagt, es ist die Diskrepanz zwischen laufenden Kosten und Erlösen jenseits endfälliger Kredite.

Es mag sein, dass Sie solche nicht öffentlichen Sitzungen des Haushalts- und Finanzausschusses etwas lässiger angehen. Da ist keiner auf der Galerie, für den man reden kann. Werfen Sie uns im Nachhinein nicht vor, dass Sie nicht hinreichend informiert wären!

Wer nicht informiert werden will, darf sich nicht beklagen, wenn er nachher nicht die Informationen hat, die er sich wünscht.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Sie sagen, es sei Verwirrung gestiftet, weil auf einmal eine neue Liste hinzugekommen ist. Es ist eine – das ist schon erwähnt worden – farblich bedruckte Liste dazugekommen, weil Sie sie in der Ausschusssitzung gesehen haben. Ich verstehe das. Der Innenminister hat eine farbliche Liste. Da ist manches vielleicht besser gerade dann zu erkennen, wenn Vieles geschwärzt ist. Also haben Sie auch die farbliche bekommen. Sie hat sich von der anderen nur darin unterschieden, dass sie auch die Kreditverpflichtungen nach dem Jahr 2014 abgebildet hat.

(Staatsminister Lewentz: Auf Wunsch der Union!)

Sie haben eine zusätzliche Information bekommen. Das dürfte eigentlich nicht zur zusätzlichen Verwirrung, sondern zur Aufhellung beigetragen haben.

Bis dato, finde ich – wir konnten nicht wissen, dass bei Ihnen offensichtlich noch eine Wissenslücke besteht –, war das noch alles in Ordnung.

Eine Woche später, ich glaube mittwochs, sind von Ihnen die Deckblätter aufgetaucht. Es gab dann Irritationen. Die Regierungsfractionen haben gesagt, das kann nicht sein, warum wollen Sie weniger Kredite in den Haushalt einstellen. Es gab ein kleines Scharmützel zwischen den Regierungsfractionen und der Oppositionsfraction. Das habe ich in der Presse verfolgt. Ein Mitglied Ihrer Fraction – das finde ich völlig in Ordnung, dafür sind wir da, wir geben übrigens auch Hilfestellung bei der Verfassung von Deckblättern – hat bei Herrn Staatssekretär Dr. Barbaro angerufen und hat gefragt, wie sich diese Diskrepanz erklärt. Der Staatssekretär hat es ihm erklärt und hat gesagt, dass man die beiden Zeilen miteinander addieren muss, weil das Kredite von unterschiedlichen Kreditgebern sind. Wenn man das macht, kommt man in einem Jahr auf die 20 Millionen Euro und im zweiten Jahr auf die 67 Millionen Euro. Er hat zu der Diskrepanz zwischen 67 Millionen Euro und 80 Millionen Euro gesagt, dass Herr Dr. Kühl im Haushalts- und Finanzausschuss dazu alles gesagt hat.

(Zuruf der Abg. Frau Klöckner, CDU)

Wenn Sie gesagt hätten, das wäre okay, dann wäre jetzt alles in Ordnung.

Wenn Sie aber offensichtlich zur Presse gehen und sagen, der Finanzminister informiert nur unvollständig, dann ist das der Gipfel der Unverschämtheit, meine Damen und Herren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ich glaube übrigens nicht, dass Sie sich nur einfach schwer damit getan haben, einen Fehler einzugestehen. Sie proklamieren nach außen neue Offenheit und Koo-

perationsbereitschaft, aber tun faktisch das, was möglicherweise ein großes politisches Vorbild in den 70er-Jahren als Sonthofen-Strategie bezeichnet hat.

(Frau Klöckner, CDU: Bitte was?)

– Eine Sonthofen-Strategie.

Lesen Sie es in zeitgeschichtlichen Büchern nach. Franz Josef Strauß hat gesagt: Wir machen alles, nur nicht das, was der Regierung irgendwie weiterhelfen könnte, egal, ob wir sie verleumden oder ob wir ihre Projekte nicht unterstützen, es muss alles kaputtgehen, damit es anders wird. –

Das kann man als Strategie fahren, aber dann soll man nicht heuchlerisch eine andere proklamieren.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wissen Sie, diese Strategie war schon damals antiquiert und erfolglos. Sie ist heute noch altbackener. Ich garantiere Ihnen, politisch erfolgreich werden Sie damit nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als Finanzminister bitte ich dieses Parlament, heute diesen Nachtragshaushalt zu verabschieden. Ich sage noch einmal, aus Sicht des Finanzministers ist das bedeutsam und eine notwendige Voraussetzung. Wir halten die Kriterien klar ein, und zwar, dass die investitionsbezogene Kreditgrenze und der Abbaupfad klar eingehalten werden. Ich sage Ihnen zu, dass wir alle Anstrengungen im laufenden Haushalt 2013 unternehmen, um die neue Kreditlücke möglichst weitgehend zu schließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können sich darauf verlassen, dass diese Landesregierung den eingeschlagenen Konsolidierungspfad der Schuldenbremse konsequent weiterverfolgt.

(Beifall der SPD und des BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Präsident Mertes:

Zu einer Kurzintervention erteile ich Herrn Kollegen Schreiner das Wort.

Abg. Schreiner, CDU:

Vielen Dank. Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Kühl, wenn das hier eine Firma wäre, dann säße hier die Geschäftsleitung und dort der Aufsichtsrat. Insofern ist es schon sehr mutig, wenn die Geschäftsführung den Aufsichtsrat beschimpft. Vorlagen waren und sind nicht lesbar, und zwar nicht nur wegen der Schwärzungen. Es fängt beim Schriftbild an und dass man uns schlechte Scans vorlegt.

(Hering, SPD: Andere haben es doch
lesen können! –
Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Die Farbfassung hat es keinen Deut besser werden lassen. Ich wiederhole das, was ich vorhin gesagt habe, Herr Finanzminister.

(Ramsauer, SPD: Das ist jetzt das letzte Gefecht! –
Staatsminister Lewentz: Warum haben
Sie nicht angerufen!)

Herr Finanzminister, ich muss mir zurechnen lassen – – –

(Zuruf des Abg. Ramsauer, SPD)

– Herr Ramsauer, jetzt hören Sie mir einmal zu.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren!

Abg. Schreiner, CDU:

Ich muss mir zurechnen lassen, dass ich mir das habe bieten lassen.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen eines, wir werden uns das nie wieder bieten lassen. Solche Vorlagen werden wir uns nie wieder bieten lassen. Wir werden in Zukunft genauso wie die SPD und die GRÜNEN, die da und dort auch schon einmal ein Deckblatt austauschen, wenn es erforderlich sein sollte, unsere Deckblätter in einer neuen Fassung vorlegen; denn das Einzige, was die Bürger bei einem Deckblatt der SPD, den GRÜNEN oder der CDU interessiert, ist, dass es richtig ist.

(Wiechmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Weil Ihr
einen Fehler macht, gebt es zu, aber so
einen Quatsch zu erzählen!)

Herr Finanzminister, Ihr überzogenes Selbstbewusstsein, mit dem Sie hier auftreten, basiert auf einer einzigen Aussage.

(Zuruf des Abg. Pörksen, SPD)

Sie haben schon bei der Einbringung des Nachtrags Haushaltes gesagt, Sie wissen nicht, was an Risiken in punkto Hahn auf Sie zukommt. Sie fahren nicht auf Sicht. Sie sind mitten im Blindflug. Sie haben Angst, dass Sie morgen gegen die nächste Wand fahren.

Ich wünsche den Menschen auf dem Hahn, dass das nicht passiert.

(Pörksen, SPD: Die hören Ihre Rede, darauf
können Sie Gift nehmen!)

Mit unseren Anträgen wäre es sichergestellt. Mit Ihren Anträgen ist es leider nicht sichergestellt.

(Beifall der CDU)

Präsident Mertes:

Weitere Wortmeldungen sind nicht erkennbar.

Meine Damen und Herren, vor der Abstimmung möchte Herr Kollege Bracht nach § 34 der Geschäftsordnung eine persönliche Bemerkung abgeben.

Herr Kollege Bracht, Sie wissen, Sie müssen zu persönlichen Dingen reden und nicht mehr zur Sache.

Abg. Bracht, CDU:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vor der Abstimmung eine kurze persönliche Erklärung abgeben, die zum Inhalt hat, dass ich mich als Mitglied des Aufsichtsrates des Flughafens Frankfurt-Hahn nicht an der Abstimmung über den Nachtragshaushalt beteiligen werde. Da der Nachtragshaushalt insbesondere zur Finanzierung der Kosten des Flughafens dient, möchte ich jeden Anschein der Befangenheit vermeiden.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU –
Zurufe von der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, es ist jedem Kollegen unbenommen, nach der Geschäftsordnung eine solche Erklärung abzugeben. Da gibt es nichts zu kritisieren.

Jetzt geht es mit der Abstimmung weiter. Ich darf Sie kurz um Aufmerksamkeit bitten. Herr Bracht, laufen Sie mir nicht weg, Sie werden jetzt gebraucht.

(Frau Klöckner, CDU: Wir haben alles im Griff!)

– Sie haben alles im Griff, gut.

Ich sage jetzt noch etwas zum Ablauf.

Meine Damen und Herren, zuerst stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2129 – ab. Danach stimmen wir über den Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2147 – ab, weil das logischerweise Veränderungen wären.

Dann geht es mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2068 – weiter. Zum Schluss kommen die Entschließungsanträge.

Thema verstanden?

(Frau Klöckner, CDU: Ja!)

– Gut. Es ist heute viel einfacher als bei einem großen Doppelhaushalt.

Meine Damen und Herren, beginnen wir mit dem **Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache**

16/2129 – Hierzu hat die CDU-Fraktion Einzelabstimmung ihrer Deckblätter erbeten, sodass über das jeweilige Deckblatt einzeln abgestimmt wird.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 1 (Kapitel 03 75, Titel 161 01 neu „Zinseinnahmen aus Gesellschafterdarlehen“). Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 2 (Kapitel 03 75, Titel 549 01 „Globale Minderausgaben“). Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Danke schön. Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 3 (Kapitel 03 75, Titel 861 03 neu „Maßnahmen zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der FFHG, insbesondere durch die Gewährung von Gesellschafterdarlehen“). Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 4 (Kapitel 07 02, Titel 549 01 neu „Globale Minderausgaben“). Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 5 (Kapitel 20 04, Titel 549 01 neu „Globale Minderausgaben“). Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 6 (Kapitel 20 04, Titel 831 01 „Erwerb und Erhöhung von Beteiligungen“). Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Einzelabstimmung über das Deckblatt Nummer 7 (Kapitel 20 04, Titel 861 03 neu „Überführung von Liquiditätspoolkonten in den Landeshaushalt“). Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2129 – im Übrigen. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimment-

enthaltungen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zur Abstimmung über den **Änderungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2147** –. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den **Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2068** –. Hier stimmen wir über die Einzelpläne ab. Dann erfolgt die Schlussabstimmung.

Abstimmung über den Einzelplan 03 – Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur –. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Der Einzelplan 03 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Abstimmung über den Einzelplan 07 – Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen –. Wer dem Einzelplan 07 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 07 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Abstimmung über den Einzelplan 09 – Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur –. Wer dem Einzelplan 09 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 09 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Abstimmung über den Einzelplan 20 – Allgemeine Finanzen –. Wer dem Einzelplan 20 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Einzelplan 20 ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich des Nachtragshaushaltsplans – Drucksache 16/2068 – in zweiter Beratung unter Berücksichtigung der Annahme des Änderungsantrags – Drucksache 16/2147 –. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Meine Damen und Herren, damit ist der Gesetzentwurf der Landesregierung in zweiter Beratung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Schlussabstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 16/2068. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben! – Die Gegenprobe! – Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf der

Landesregierung wurde in der Schlussabstimmung mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Abstimmung über die in der Beschlussempfehlung – Drucksache 16/2118 – enthaltene **Redaktionsvollmacht**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist die Redaktionsvollmacht einstimmig erteilt.

Abstimmung über den **Entschließungsantrag der Fraktion der CDU – Drucksache 16/2130** –. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Abstimmung über den **Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 16/2142** –. Wer dem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Damit ist dieser Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU angenommen.

Meine Damen und Herren, das war sozusagen das Ende dieses Sitzungstages, aber nicht für alle. 30 Minuten nach Ende der Plenarsitzung findet in Saal 7 eine Sitzung des Rechtsausschusses statt. Ich lade Sie zur 48. Plenarsitzung am 24. April 2013, 14:00 Uhr, ein und wünsche Ihnen schöne Ferien.

E n d e d e r S i t z u n g : 13:58 Uhr.